

**Wir sind
UNESCO-Welterbe!**

25. Oktober
6/2024

www.landtag-mv.de



+++ Aktuelle Stunde: Bessere Bildung in MV +++ Bürgergeld-Stopp für Ukrainer gefordert +++ Verfassungsschutz zukunftsicherer aufstellen +++ Neue Regeln für Landtagssitzungen +++ Unternehmensnachfolge finanziell fördern +++ Finanzausschuss in Paris +++ Schwerin ist UNESCO-Welterbe +++ Welterbe-Quiz +++



3	AUS DEM PLENUM	
	Aktuelle Stunde	„Für bessere Bildung in Mecklenburg-Vorpommern – Gegen Einheitslehrer, Einheitsschulen, Einheitsbrei“ (auf Antrag der Fraktion der CDU)
4 - 12	Auszüge aus der Originaldebatte	Daniel Peters (CDU), Ministerin Bettina Martin, Enrico Schult (AfD), Jeannine Rösler (DIE LINKE), Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Sandy van Baal (FDP), Andreas Butzki (SPD)
13 – 23	Berichte	Bürgergeld-Stopp für Ukrainer gefordert Debatte über Tarifautonomie Extremistische Gewalt Thema im Landtag FDP will Verfassungsschutz zukunftssicherer aufstellen Konsequentes Gegensteuern in der Asylpolitik gefordert Stärkere Gleisanbindung für die Wirtschaft debattiert
24 - 26	Meldungen	Landtag beschließt neues Finanzausgleichsgesetz Erfolgreiches Kunstjahr 2024 Neue Regeln für Landtagssitzungen AfD fordert Aufarbeitung der Corona-Pandemie CDU-Fraktion will mehr Unterstützung für Landwirtschaft Gleiche Bildungschancen für alle gefordert FDP will Unternehmensnachfolge finanziell fördern
27 - 32	Befragung der Landesregierung	
33 - 34	Gesetzgebung	
35 - 40	Ausschüsse	Finanzausschuss auf Auslandsinformationsfahrt in Paris Agrarausschuss auf der Greifswalder Oie 33. Ostseeparlamentarierkonferenz in Dänemark
41 - 43	PANORAMA	Schwerin ist UNESCO-Welterbe Welterbe-Quiz
44	Chronik	

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Anna-Maria Leistner
Referatsleiter: Julien Radloff
Autoren: Jacqueline Myrrhe,
Joachim Mangler

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben nicht in jedem Fall die Meinung des
Herausgebers wieder. Alle Abbildungen
sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck
nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos
bezogen werden. Bestellungen sind an den
Herausgeber zu richten.
Redaktionsschluss 30.08.2024



Bettina Martin am Rednerpult während ihres Redebeitrages in der Aktuellen Stunde.

Foto: Danny Gohlke

Für bessere Bildung in MV

Antrag der CDU-Fraktion

Um die Schulbildung wird möglicherweise schon gestritten, seitdem in der Menschheitsgeschichte die ersten Schulen etabliert wurden. Immerhin geht es um die Zukunft der Kinder und damit der ganzen Gesellschaft. Diese Emotionen waren auch im Landtag in der Aktuellen Stunde zum Thema „Für bessere Bildung in Mecklenburg-Vorpommern – Gegen Einheitslehrer, Einheitsschulen, Einheitsbrei“ auf Antrag der Fraktion der CDU zu spüren.

Die CDU-Fraktion sieht die Gefahr, dass im Zuge der von Rot-Rot geplanten Reform des Lehrerstudiums das Gymnasium abgeschafft werden soll. „Es ist doch kein Geheimnis, dass Sie das gegliederte Schulsystem für überkommen halten“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters**. Nun wolle die rot-rote Landesregierung den Einheitslehrer einführen. „Einheitslehrer, Einheitsschulen, Einheitsbrei – die Pläne der Landesregierung müssen gestoppt werden.“

Wissenschaftsministerin **Bettina Martin** (SPD) warf Peters vor, das wichtige Thema Lehrkräftebildung für billige Stimmungs-

make zu nutzen. Es liege noch kein Referentenentwurf vor und Peters setze bereits Falschbehauptungen in die Welt. Das sei verantwortungslos. „Die Landesregierung wird selbstverständlich nicht das Gymnasium abschaffen“, betonte Martin. Hintergrund der Pläne zur Neustrukturierung sei, dass die Hälfte aller Lehramtsstudierenden ihr Studium frühzeitig abbrechen.

Enrico Schult (AfD) warf der CDU nach jahrelanger Beteiligung an verschiedenen Landesregierungen eine Mitschuld „an diesem Einheitsbrei an den Schulen“ vor. Sie habe damit auch den Lehrermangel mit zu verantworten. „In der Sache sind wir ganz bei Ihnen: Gegen Einheitslehrer, gegen Einheitsschulen, gegen Einheitsbrei“, sagte Schult in Richtung der CDU. Die Behauptung der CDU, dass das Gymnasium abgeschafft werden solle, stimme nicht. „Das ist in der Tat populistisch.“

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, **Jeannine Rösler**, stellte klar, dass das bisherige Lehramtsstudium an der Uni Rostock für Regionalschulen und Gymnasien eine sehr ähnliche Struktur aufweise. „Selbst in den Fachwissenschaften gibt es

gar keine großen Unterschiede.“ „Die Flexibilität und die Durchlässigkeit, die durch das Stufenlehramt gewonnen wird, ist ein ganz großer Vorteil“, betonte sie.

Die Idee eines gemeinsamen Lehramtsstudiums sei nicht neu, sagte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). „Bremen, Hamburg, Berlin leben dies bereits erfolgreich vor. Gymnasien gibt es dort nach wie vor.“ Sie riet der CDU, sich anzuschauen, was dort besser laufe. Wegner appellierte an die Landesregierung, das Parlament bei der Gesetzgebung mitzunehmen. „Und zwar so früh wie möglich!“

„Wir sind fest davon überzeugt, dass Vielfalt die richtige Antwort auf die Herausforderungen in der Bildung ist“, sagte **Sandy van Baal** (FDP). Schulen seien Orte, an denen Kinder mit unterschiedlichsten Begabungen, Bildungsbiografien, kultureller und ethnischer Herkunft zusammenkommen. Diese Vielfalt erfordere vielfältig geschulte Lehrkräfte.

Andreas Butzki (SPD) verwies darauf, dass nicht einmal der erste Entwurf des Lehrerbildungsgesetzes vorliege. „Aber die Fraktion der CDU schürt schon Ängste.“ Die Fachlastigkeit des Studiums solle

zugunsten der Pädagogik, der Methodik, der Didaktik und der Praxis verändert werden. „Was nützt es, wenn man einen Lehrer hat, der in theoretischer Mathematik perfekt ist, aber den Schülern nicht das Einmaleins beibringen kann?“

Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (DIE LINKE) warf der CDU vor, Panikmache und Populismus zu verbreiten. In MV gebe es aktuell 46 Gymnasien. „Die wird es auch selbstverständlich weitergeben, diese Gymnasien werden nicht abge-

schaft.“ Es sei unerhört, allen Beteiligten Unwahrheiten einzureden.

mgl

■ **Daniel Peters, CDU:**

„Es braucht ein
Stärkungsprogramm
für die Regionalen Schulen
und keinen Einheitsbrei.“



Foto: Danny Gohlke

[...] beim Einheitslehrer ist sich die Landesregierung offenbar noch nicht ganz sicher, wie der richtige Umgang mit dem Thema aussieht. Auf der einen Seite bestätigen die Ministerin Frau Martin und auch Rot-Rot, dass der Einheitslehrer im Herbst kommen soll. Auf der anderen Seite bestreiten sie, dass das Thema überhaupt aktuell sei. Es läge ja noch gar kein Gesetzentwurf vor. Genauso arbeitet das System von Manuela Schwesig, meine Damen und Herren:

(Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD: Oh!)

Erst das Parlament vor vollendete Tatsachen stellen und hinterher behaupten, es sei doch alles maximal transparent gelaufen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Man hätte ja vorher Bedenken anmelden können. Genauso arbeiten Sie, meine Damen und Herren.

Nein, feststeht, Sie wollen den Einheitslehrer, Sie wollen ihn zum Herbst einführen. Der Einheitslehrer, meine Damen und Herren, ist allerdings eine schlechte Idee. Und deswegen müssen wir, bevor dieser Gesetzentwurf vorliegt, hier darüber im Parlament reden.

Meine Damen und Herren, es ist eine Tatsache, dass die Landesregierung den Einheitslehrer will. Es ist auch eine Tatsache, dass unser Schulsystem nicht zum Einheitslehrer passt. Es ist eine Tatsache, dass die Einheitsschule die logische Folge der Abschaffung des Gymnasiallehrers ist. Es ist doch auch kein Geheimnis, meine Damen und Herren von SPD und LINKEN, dass Sie das gegliederte Schulsystem für überkommen halten, dass Sie die Einheitsschule wünschen, das Gymnasium für Sie ein Relikt der bürgerlichen Gesellschaft ist, das es abzuschaffen gilt, das Gymnasium wohlgemerkt. [...]

Erst werden die Regionalen Schulen geschwächt, dann wundert man sich, dass dort niemand mehr Lehrer werden will, dann wird der Gymnasiallehrer abgeschafft, um angeblich die Regionalen Schulen zu stützen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und ganz am Ende stehen Einheitslehrer und auch Einheitschule. Das ist Ihre Agenda. Und bitte tun Sie nicht so, als sei das anders! [...]

Mecklenburg-Vorpommern wird zur bildungspolitischen Insel. Weder wird der Einheitslehrer kurzfristig für mehr Lehrkräfte an den Schulen sorgen, noch ist er die Antwort auf die hohen Abbrecherquoten, noch ist er ein attraktives Studienziel für angehende Lehrerinnen und Lehrer, denn Ihre ersten ausgebildeten Lehrer, Einheitslehrer, stehen frühestens – das wissen Sie ja selbst – in acht Jahren dem Schuldienst zur Verfügung. Dann ist die große Dürre bereits überstanden. Das ist kein Beitrag zur Senkung der Abbrecherquote, das ist ein ideologischer Wunschtraum. [...]

Dabei hätten es die Regionalen Schulen wirklich verdient, als Schulform ernst genommen und wertgeschätzt zu werden, statt sie an den Tropf der Gymnasien zu hängen. Die Regionale Schule und der mittlere Schulabschluss waren über viele Jahre die Basis für Bildungskarrieren. Durch einen völlig fehlgeleiteten Akademisierungswahn wurde die Regionale Schule in Bedrängnis gebracht, und jetzt wundern Sie sich, dass die Schule als nicht mehr attraktiv wahrgenommen wird. Statt endlich umzukehren und die Regionalschulen aufzuwerten, kippen Sie alle Lehrkräfte zusammen und servieren Einheitsbrei. Das ist kein Konzept, das ist Kapitulation!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Es braucht ein Stärkungsprogramm für die Regionalen Schulen und keinen Einheitsbrei. Reden wir doch über Klassenstärken und weniger Unterrichtsverpflichtungen! Reden wir über solche echten Maßnahmen und nicht über Ihre Ideologie! Ich freue mich auf die Debatte. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

■ Ministerin Bettina Martin:

„Die Landesregierung wird selbstverständlich nicht das Gymnasium abschaffen.“



Fotos: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mit Verlaub, Herr Peters, was Sie hier veranstalten, ist fernab jeglicher Wirklichkeit, aber auch fernab jeglicher Sachkenntnis.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

Ihre Rede eben zeigt – übrigens genauso wie die Kampagne, die Sie seit so etwa zwei Wochen hier draußen auf den Straßen veranstalten – Sie benutzen das wichtige Thema Lehrkräftebildung, die wichtige Frage, wie müssen wir eigentlich unsere Schülerinnen und Schüler ausbilden, damit sie später gut in ein Leben starten, und wie müssen wir die Lehrkräfte dafür gewinnen, die das auch tun können in unseren Schulen. Sie benutzen genau dieses wichtige Thema für billige Stimmungsmache,

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

und das, bevor überhaupt ein Referentenentwurf vorliegt, über den wir dann auch gerne konstruktiv miteinander streiten können. [...] Sie setzen Falschbehauptungen

*(Sebastian Ehlers, CDU: Da sind wir nicht
allein mit der Meinung, Frau Martin.
Da sind wir nicht allein.)*

in die Welt – ganz bewusst –, denn Sie wissen genauso wie wir alle hier, dass Bildungspolitik sich sehr gut für, ja, auch Polarisierung und für Verunglimpfungen missbrauchen lässt. Das sollten Sie nicht tun! Sie wollen nur eins: Sie wollen die Lehrkräfte, Sie wollen die Schülerinnen und Schüler, Sie wollen die Eltern verunsichern.



*(Sebastian Ehlers, CDU: Das machen Sie ja mit
Ihrer Politik. Das machen Sie doch jeden Tag.)*

[...] Aber jetzt kommen wir mal zu den Fakten. Zuerst, die Landesregierung wird selbstverständlich nicht das Gymnasium abschaffen.

*(Sebastian Ehlers, CDU:
Niemand hat die Absicht.)*

Sie können das so oft behaupten, wie Sie möchten, [...] das macht es nicht wahr. Fakt ist, wir werden mit der Reform [...] die Qualität und die Attraktivität des Lehramtsstudiums erhöhen, auch die der angehenden Gymnasialschullehrer, und damit die Gymnasien im Land stärken.

Wer die Zahlen kennt,

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

der weiß, dass die Lehramtsausbildung in Mecklenburg-Vorpommern, und übrigens auch in ganz Deutschland, nicht so bleiben kann, wie sie ist. Rund die Hälfte aller jungen Menschen, die aktuell in Mecklenburg-Vorpommern ein Lehramtsstudium beginnen, brechen ihr Studium frühzeitig ab oder wechseln in einen anderen Studiengang. Das gilt auch für das Gymnasium, übrigens für den Gymnasialschulbereich. Im Regionalschullehramt sind es aktuell sogar bis zu 70 Prozent.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wir können es uns schlicht nicht mehr leisten, dass junge Leute, die gerne Lehrerin oder Lehrer werden möchten, ihr Studium frustriert hinschmeißen.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das kennen Sie seit 20 Jahren, das Problem.
Das haben Sie noch nicht angefasst.)*

[...] Mit der Lehrkräftebildungsreform legt die Landesregierung ein Lösungspaket vor, das alle drei Phasen der Lehrerbildung umfasst. Wir werden damit die Lehrkräftebildung in M-V attraktiver machen und wir werden sie auch besser machen. [...] Es wird auch neue Zugangswege für ganz andere Zielgruppen geben, nämlich für die Studierenden, die einen Bachelor gemacht haben. [...] Diese Menschen müssen jetzt nicht anfangen, entweder eine lange Seiteneinstiegsqualifizierung über Jahre zu durchlaufen, sondern wir werden sie in einen Q-Master, in einen sogenannten Q-Master überführen können, wo sie dann das Rüstzeug mitkriegen, was sie brauchen, um später ein grundständiges, eine grundständige Ausbildung als Lehrkraft zu absolvieren.

Neue Wege in den Lehrkräfteberuf, neue Zielgruppen erschließen, weil wir brauchen diese Menschen, [...]. Sie dürfen nicht an unnötigen Hürden scheitern. [...] Wir werden noch genügend Zeit haben, um über all diese Maßnahmen auch zu diskutieren. Wir werden auch über das duale Studium diskutieren können miteinander. Ich freue mich darauf. [...]

Lassen Sie uns über das Paket diskutieren, denn es sind Ihre Behauptungen und auch Ihre Unwahrheiten,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

die Sie in die Welt setzen, die Gift für das Bildungssystem in Mecklenburg-Vorpommern sind,

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Patrick Dahleemann, SPD: Richtig! –
Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

[...] indem Sie durch eine ideologische Debatte alles verhetzen. [...] Herzlichen Dank!

*(lang anhaltender Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von René Domke, FDP)*

■ Enrico Schult, AfD:

„Das kann uns doch sozusagen nicht kaltlassen.“



Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] „Gegen Einheitslehrer, Einheitschulen und Einheitsbrei“ – die Botschaft hör ich wohl, wer te CDU, allein mir fehlt der Glaube, denn Sie waren ja 15 Jahre hier mit in der Landesregierung,

(Thore Stein, AfD: Oha!)

[...] und haben diesen Einheitsbrei ganz klar mitverursacht.

*(Stephan J. Reuken, AfD: Hat er vergessen. –
Thore Stein, AfD: Hört, hört!)*

[...] Es ist in der Tat aber so, dass auch die jetzige Regierung leider dafür sorgt, dass es nicht besser wird, [...] das ist schade, das ist traurig für unsere Schüler, denn die bräuchten, dass [...] Sie sich alle hier nicht auf die Schulter zu klopfen [...].

(Torsten Renz, CDU: Wovon?)

Die CDU streut den Wählern mal wieder eimerweise Sand in die Augen, denn [...] Die CDU hat die Schließung der Förderschulen mit zu verantworten [...]

Die CDU [...] hat natürlich auch den Lehrermangel mit zu verantworten [...].

Ihnen geht es um etwas anderes, Ihnen geht es um etwas anderes, Sie versprühen hier viel heiße Luft. Und wenn ich sehe [...] –, große „Blitz“-Anzeige, Herr Peters, „Gymnasien abschaffen, ohne uns“, Herr Peters, dann hätten Sie sich vielleicht mal im Bildungsausschuss blicken lassen sollen

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

oder mit Ihrem bildungspolitischen Sprecher mal Rücksprache halten sollen. [...] das nimmt Ihnen der Wähler auch nicht mehr ab. [...] denn die Anträge, die da von der AfD in diese



Foto: Danny Gohlke

Richtung gestellt wurden, die hat Ihre Partei nämlich samt und sonders abgelehnt.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Genau!)

[...] Regionalschulen stärken

[...] Gründung einer Pädagogischen Hochschule [...]

hat die CDU abgelehnt. Insofern kann man Ihnen keinen Glauben schenken, werde CDU,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

[...] wenngleich Sie bei dem Thema natürlich auf dem richtigen Weg sind.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Die AfD ist seit jeher dafür, das gegliederte Schulsystem zu erhalten [...]. Aber [...] die Regionalschule ist mittlerweile zur Resteschule geworden, und das ist leider so, also keine Kritik an die Lehrer, die dort wirklich versuchen [...] vernünftigen Unterricht zu vermitteln dort, aber [...] der hohe Privatschulanteil in Mecklenburg-Vorpommern zeigt eben auch, dass die Eltern nicht mehr der Regionalschule

(Zurufe von Daniel Peters, CDU, und Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

oder dem staatlichen Schulsystem Glauben schenken und nicht mehr trauen. Deshalb schicken sie ihre Kinder auf die freien Schulen.

[...] Schwerin hat den höchsten Privatschulanteil Deutschlands [...] auch die Ministerpräsidentin hat ihre Kinder wohl

auf die Privatschulen geschickt. Das zeigt, dass die staatlichen Schulen halt nicht mehr dieses Vertrauen genießen [...]

Wie reagieren die Gymnasien [...]? Es ist so, dass da die Anforderungen sukzessive abgesenkt [...] der Vorsitzende der Hochschulrektorenkonferenz, der ehemalige Herr Alt, hat gesagt, [...] die Abiturienten [...] bringen nicht mehr das Wissen mit, um das Studium sofort aufzunehmen.

[...] 45 Prozent der Lehramtsstudenten im Bereich Gymnasialstufe [...] 70 Prozent [...] im Bereich Regionalschule brechen das Studium ab. [...] Es ist einfach so, dass auch dort die Abiturienten nicht mehr das Rüstzeug mitbringen, um ein Lehramtsstudium [...] durchzuhalten und durchzustehen.

[...] Das kann uns doch sozusagen nicht kaltlassen. Und da brauchen wir auch nicht irgendwo an kleinen Stellschrauben zu drehen, wir müssen das Gymnasium wieder stärken [...] denn wir brauchen Exzellenz statt Gleichmacherei.

[...] Wir sagen ganz offen, werde Kollegen, die Forderung der AfD, die wir schon mehrfach gestellt haben, Erhalt der Förderschulen [...]

Erhöhung der Anforderungen für die Mittlere-Reife-Prüfung [...]

Erhöhung der Anforderungen für den Wechsel aufs Gymnasium [...]

Nachweis von Deutschkenntnissen bei der Beschulung von ausländischen Kindern

[...] Wenn Sie inhaltlich was ändern wollen, haben Sie die AfD an Ihrer Seite. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

■ Jeannine Rösler, DIE LINKE:

„Das Stufenlehramt
ist ein Upgrade!“

Foto: Danny Gohlke

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nie war das Thema einer Aktuellen Stunde so vorhersehbar wie zur heutigen Sitzung.

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD
und Ann Christin von Allwörden, CDU)*

Seit Wochen und gefühlt auf allen Kanälen beschäftigt sich die CDU mit nichts anderem als der vermeintlichen Gefahr der Abschaffung des Gymnasiums. Offenbar gehen Ihnen aber die Themen aus und so bemühen Sie gebetsmühlenartig das Märchen vom Sterben des Gymnasiums.

Worum geht es tatsächlich? Die Reformpläne der Landesregierung zur Einführung des Stufenlehramts zielen darauf, die Ausbildung von Lehrkräften für Regionale Schulen und Gymnasien zusammenzulegen.

*(Zurufe von Marc Reinhardt, CDU,
und Torsten Renz, CDU)*

[...] Gegenwärtig leiden Regionale Schulen besonders unter dem Lehrkräftemangel. In den kommenden 15 Jahren wird über die Hälfte der aktuellen Lehrkräfte in den Ruhestand gehen. Im Bundesdurchschnitt sind es etwa mehr als ein Drittel. Hierzulande reden wir über 12.000 Lehrkräfte. Dies stellt uns natürlich vor erhebliche Herausforderungen, da der Nachwuchs nicht ausreicht, um diese Lücken zu schließen.

Und so gibt es bereits vielfältige Maßnahmen der Landesregierung, dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken. Beispielsweise können ältere Lehrkräfte bis zu vier Wochenstunden erlassen bekommen, um sie bis zum regulären Ruhestand im Schuldienst zu halten. Die Qualifizierung der Seiteneinsteiger, die wird deutlich gestärkt. Zudem werden Referendarinnen und Referendare mittlerweile viermal im Jahr eingestellt und erhalten im ländlichen Raum bis zu 20 Prozent mehr Gehalt. Ja, und nicht zuletzt – die Ministerin sagte es –, wurde die Anzahl der Studienplätze für das Lehramt deutlich erhöht [...] All

diese und weitere Maßnahmen sind richtig und wichtig, reichen aber allein nicht aus, den Mangel langfristig zu beheben. Und deshalb brauchen wir grundlegende Reformen in der Lehrkräfteausbildung.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

[...] Wie ist der jetzige Stand der Ausbildung? Wie groß sind die Unterschiede? Das bisherige Lehramt an der Uni Rostock für Regionalschulen und Gymnasien weist insgesamt eine doch sehr ähnliche Struktur auf, die insgesamt 300 Credit Points umfasst. Die Schnittmengen sind schon heute groß in den verschiedenen Lehrämtern, selbst in den Fachwissenschaften gibt es gar keine großen Unterschiede [...] Aber die Flexibilität und die Durchlässigkeit, die durch das Stufenlehramt gewonnen wird, das ist ein ganz, ganz großer Vorteil. Die Einführung des Stufenlehramtes ist ein Upgrade. Wir werden Lehrkräfte haben, die beides können, Lehrkräfte, welche die verschiedenen Schülergruppen begeistern und fördern.

Und lassen Sie mich hier noch einmal unmissverständlich feststellen, das Gymnasium wird nicht abgeschafft! Wer Gegenteiliges behauptet – bewusst oder aus Unkenntnis –, schürt Unsicherheit bei Eltern, Schülerinnen und Schülern und bei Lehrerinnen und Lehrern.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Meine Damen und Herren, Ziel muss es sein, mehr Studierende erfolgreich zum Abschluss zu führen und sie besser auf den Lehrerberuf vorzubereiten. Die Landesregierung orientiert sich dabei an bundesweiten Entwicklungen und stellt sicher, dass die Lehramtsausbildung in Mecklenburg-Vorpommern wettbewerbsfähig bleibt. Eine einheitliche Ausbildung ist kein Teufelszeug [...]

Durch die Zusammenlegung bündeln wir die Ressourcen, schaffen mehr Durchlässigkeit beim Einsatz der Lehrkräfte. Das ist nur zu begrüßen. Beide Schulformen bleiben selbstverständlich erhalten und niemand, niemand will ihnen etwas wegnehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

statt „C wie Zukunft“ ist unser Motto „Z wie zeitgemäß!“ – Vielen Dank!

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Heiterkeit bei Julian Barlen, SPD: Bravo!)*

■ Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Im Zentrum der Bildung sollte das Kind stehen.“



Fotos: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Abgeordnete, wer wünscht sich das nicht: Bessere Bildung?! [...] Aber ist die Kampagne, die die CDU gerade losgetreten hat, die Lösung für all unsere Probleme oder nur das Rollback dorthin, was eben schon lange nicht funktioniert [...]?

(Beifall Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[...] Die Kampagne der CDU bietet zunächst Fake News: Das Gymnasium würde abgeschafft. [...] In Ihrer konservativ idealen Welt ignorieren Sie, dass Kinder sich [...] unterschiedlich entwickeln und man eben gerade nicht schon im Grundschulalter sieht,

(Zurufe von Ann Christin von Allwörden, CDU,
Daniel Peters, CDU, und Marc Reinhardt, CDU)

ob wir eine künftige Baggerfahrerin oder einen Hochschulprofessor vor uns haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[...] Auch die noch weit stärker segregierenden Faktoren „Armut“ und „Flucht“ ignorieren Sie [...]

Für gute Bildung sind Gymnasien ein Weg, [...] nicht der einzige.

(Daniel Peters, CDU: Das ist richtig.)

[...] Deswegen stehen wir GRÜNE bundesweit für Gesamtschulen, Gemeinschaftsschulen oder integrierte Sekundarschulen ein. [...] für diese chancengerechten Schulen brauchen wir Lehrkräfte, die sowohl fachlich als auch pädagogisch hoch qualifiziert sind.



(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Konservatives Denken trennt Kinder früh, [...] mit dem Wechsel aufs Gymnasium trennt sich die Spreu vom Weizen. Damit der Weizen reifen kann, muss er vom Unkraut befreit werden,

(Thore Stein, AfD: Um Gottes willen!
Das ist doch absurd.)

sonst kann er nicht die volle Blüte erfahren.

(Enrico Schult, AfD: Das ist doch absurd. –
Zuruf von Thore Stein, AfD)

[...] Diese Crème de la Crème ist leistungswillig, voll konzentriert ist sie nur sicher unter sich und spielt nicht mit den Schmuttelkindern, so die rechtskonservative Brille. Nur für Letztere braucht es mehr Pädagogik, also die Lehrkräfte auch entsprechend getrennt ausbilden. Dabei vergessen Sie aber eines,

(Thore Stein, AfD:
Menschen sind nicht alle gleich.)

es gibt keine Crème de la Crème,

(Thore Stein, AfD: Doch!)

es gibt keine Schmuttelkinder. Es gibt nur kleine Menschen, und die heißen „Kinder“.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und wir wissen ebenfalls aus der Forschung und zahlreichen Bildungsstudien, dass Kinder sich gegenseitig am besten stützen. [...] Sie nennen es Einheitsbrei, ich nenne es Chancengerechtigkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[...] Der Gesetzentwurf, den Sie hier [...] verdammen, liegt uns ja noch gar nicht vor. Lassen Sie uns doch erst mal abwarten, was drinsteht!

(René Domke, FDP: Kennen wir ja von der Landesregierung.)

[...] nehmen Sie uns mit, [...] so früh wie möglich! So wie bisher, wo Sie uns Vorlagen auf den letzten Peng übergeben

(René Domke, FDP: Das ist es ja. Genau das ist es!)

und wir dann umfangreiche Papiere quasi über Nacht durcharbeiten müssen, das muss doch nicht sein! [...]

(Beifall Sandy van Baal, FDP)

[...] Insofern bitte ich die Regierungsfractionen um einen echten Beteiligungsprozess [...]

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

[...] Für uns GRÜNE ist klar, wir brauchen mehr Qualität als Quantität, wir brauchen ein längeres gemeinsames Lernen anstatt der frühen Segregation.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Im Zentrum der Bildung sollte das Kind stehen.

(Marc Reinhardt, CDU: Ja.)

[...] Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

■ Sandy van Baal, FDP:

„Chancengleichheit bedeutet nicht, allen das Gleiche.“



Foto: Danny Gohlke

[...] Im Titel der Aktuellen Stunde geht es um Vereinheitlichung. Ich möchte [...] die Vielfalt in den Fokus meiner Rede stellen. Wir sind fest davon überzeugt, dass Vielfalt die richtige Antwort auf die Herausforderungen in der Bildung ist.

Unsere Schulen [...] sind Orte, an denen Kinder mit unterschiedlichen Begabungen, Bildungsbiografien, individuellen Lernstilen, kultureller und ethnischer Herkunft zusammenkommen,

(Beifall Andreas Butzki, SPD: Das stimmt.)

[...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und FDP – Andreas Butzki, SPD: Genau.)

Zudem haben wir Kinder mit unterschiedlich ausgeprägten Lernfähigkeiten [...]. [...] Dafür brauchen wir vielfältig geschulte Lehrkräfte.

(Andreas Butzki, SPD: Richtig!)

Studien zeigen [...], dass Schüler in Ländern mit differenzierten Bildungssystemen bessere Bildungsergebnisse erzielen,

(Andreas Butzki, SPD: Das stimmt nicht.)

weil sie in Schulen lernen,

(Andreas Butzki, SPD: In Schweden und Finnland ist das nicht so.)

[...]

(Andreas Butzki, SPD: Nach dir.)

... in denen ihre individuellen Stärken und Interessen gefördert werden. [...]

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Und was brauchen wir dafür? Individuell und vielfältig geschulte Lehrkräfte.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP –
Andreas Butzki, SPD: Das stimmt.)*

Die OECD betonte [...] schon vor Jahren, Bildungssysteme, die eine hohe Durchlässigkeit und Vielfalt bieten [...], ermöglichen es den Schülern, ihre individuellen Potenziale bestmöglich zu entfalten, und führen zu besseren Lernergebnissen. [...]

Gymnasien, Regionalschulen, Berufsschulen, Schulen in freier Trägerschaft und andere Bildungseinrichtungen bieten individuelle Programme. Sie bilden und fördern unterschiedliche Fähigkeiten, akademische, praktische und berufliche. Wir brauchen Vielfalt, weil Schülerinnen und Schüler in einem Umfeld, das ihren Interessen und Stärken entspricht, oft motivierter und engagierter sind. Das ist auch wissenschaftlich belegt. Die Forschung zeigt ebenso, dass Schüler, die ihre schulische Umgebung als passend empfinden, bessere Leistungen erreichen und ein höheres Wohlbefinden aufweisen. Und das sollte an allererster Stelle unser gemeinsamer Anspruch hier sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

[...] Chancengleichheit bedeutet nicht, allen das Gleiche. Chancengleichheit heißt, jedem Kind die beste Bildung zu bieten. Dabei steht das Kind mit seinen individuellen Talenten und Bedürfnissen im Mittelpunkt [...]. Es geht um das Kind mit seinen individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und FDP)*

Wir brauchen vielfältige Bildungswege und soziale Durchlässigkeit, die Möglichkeit, zwischen den verschiedenen Schularten zu wechseln. Dies kann zur sozialen Mobilität beitragen und vor allem auch die Bildungsgerechtigkeit fördern. Flexible Bildungswege verringern soziale Ungleichheiten. Und eine höhere Durchlässigkeit führt zu mehr Chancengleichheit. Diese Vielfalt erfordert auch vielfältig geschulte Lehrkräfte und eine vielfältige Lehrerbildung. Sie benötigt spezialisierte Lehrkräfte, die auf die spezifischen Anforderungen und Lehrpläne ihrer Schulform vorbereitet sind.

Letztendlich wünscht sich meine Fraktion [...] eine vernünftige, zeitangepasste Beratung in den Ausschüssen darüber, nicht wieder [...] alles schnell [...]. Es geht nicht nur um die Lehrerbildung oder um die zukünftige Gestaltung dieser Ausbildung, es geht an erster Stelle [...] um unsere Zukunft. Und unsere Zukunft sind unsere Kinder hier im Land. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und FDP)*

■ Andreas Butzki, SPD:

„Sie verunsichern die Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern.“



Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Es liegt noch nicht mal der erste Entwurf des Teils des Lehrerbildungsgesetzes vor, [...] aber die Fraktion der CDU schürt schon Ängste,

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

spricht schon immer von der Abschaffung des Gymnasiums, führt Konferenzen durch, ohne einen Regierungsentwurf zu kennen,

*(Heiterkeit bei Patrick Dahlemann, SPD:
Unerhört! – Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)*

[...] Die CDU M-V führt [...] Scherzkampagnen auf den verschiedensten Plattformen, [...] Die CDU ist offensichtlich gar nicht daran interessiert, Verbesserungen an Schulen vorzunehmen,

(Zuruf von Christine Klingohr, SPD)

[...] Dabei ist der Handlungsdruck überall in Deutschland und auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern sehr groß. [...] Wir müssen [...] die Lehrerbildung grundsätzlich reformieren.

[...] Die Verbände fordern schon seit Langem, die Fachlastigkeit zugunsten der Pädagogik, der Methodik, der Didaktik und vor allem der Praxis zu verändern, [...]

Vielleicht warten Sie, Herr Peters, doch einmal den Gesetzentwurf ab oder sprechen mit Ihren Bildungspolitikern,

*(Daniel Peters, CDU: Sie waren
wirklich Schulleiter? Ernsthaft?)*

bevor Sie hier billige und beleidigende Videos [...] posten.

(Sebastian Ehlers, CDU: Beleidigend?!)

Wenn der Entwurf vorliegt, können Sie sich inhaltlich-kritisch damit auseinandersetzen [...]

Aber machen Sie hier nicht einfach nur billige Polemik! [...] Sie verunsichern die Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern.

(Zuruf von René Domke, FDP)

[...] Wenn ich [...] richtig gelesen habe, Herr Peters, [...], sind Sie 1988 eingeschult worden. Wissen Sie, welche Ausbildung Ihre guten Lehrer hatten [...] Ihre Lehrerinnen und Lehrer hatten ein hervorragendes pädagogisches Studium an einem IfL. [...]

(Zurufe von Christian Brade, SPD, und Marc Reinhardt, CDU)

Sie fingen ihr Studium mit 16 Jahren an, ohne Abitur, und standen schon mit 20 Jahren vor der Klasse. Und alle machen und machten einen sehr guten Job [...]. Die Kollegen, die in den 90er-Jahren hier unterrichteten, hatten alle bis auf die jeweiligen Fächer die gleiche Ausbildung von 5 bis 12. In den 90er-Jahren wurden so gut wie keine Lehrer eingestellt, außer in den Mangelfächern.

Und, haben Sie, Herr Peters, das Abitur geschafft und waren für das Studium vorbereitet? [...] Mit Ihrer unsäglichen Kampagne beleidigen Sie Tausende Lehrerinnen und Lehrer, die im Schuldienst sind beziehungsweise waren. [...]

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Einer der größeren Fehler der deutschen Einheit war, dass die positiven Erfahrungen aus DDR-Zeiten in Kita und Schule nicht genutzt wurden.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Es war Ihr CDU-Kultusminister Oswald Wutzke,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Sebastian Ehlers, CDU: Ja.)

der das Lehrerstudium total umkremelte.

(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU, Marc Reinhardt, CDU, und Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE)

Fachwissen war alles

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

und Pädagogik,

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

Didaktik und Methodik spielten eine untergeordnete Rolle. [...] Und das [...] werden wir ändern.

(Glocke der Präsidentin)

Alle, die mit Schule zu tun haben, bemängeln die zu hohe Fachlichkeit. [...] Die Folgen sind hohe Abbrecherquoten und [...] viel zu wenige Lehrerinnen und Lehrer, die an unseren Schulen ankommen.

Ich will dem Gesetzentwurf nicht vorgreifen [...]

(Torsten Renz, CDU: Aber du sprichst. – Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

ich bringe aber in den ganzen Prozess, gerne meine praktischen Erfahrungen in diesen Prozess mit ein.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

[...] Wir sollten uns wirklich viel mehr austauschen darüber, was ist guter Unterricht, [...] was müssen die Schülerinnen und Schüler [...] können, ist das hohes Fachwissen oder ein solides Grundwissen mit soliden und guten Basiskompetenzen. [...]

Weniger Fachwissen, mehr Pädagogik. Alle wollen das, sogar die CDU, siehe Änderungsantrag, nur der Partei- und Fraktionsvorsitzende nicht, der mit aller Macht bekannter werden möchte [...].

Im Herbst wird es einen Gesetzentwurf geben und alle können mitdiskutieren [...].

[...] noch einmal kurz zu Ihrem Kochshowvideo: Das zeigt [...], wo das Problem der CDU ist: Sie haben überhaupt kein Rezept. [...] Sie rühren einfach irgendwas zusammen und behaupten dann, Rot-Rot wäre schlecht für M-V.

(Torsten Renz, CDU: Ihren Einheitsbrei.)

Vielleicht probieren Sie mal ein neues Rezept aus. Dafür benötigen Sie, Herr Peters, eine wichtige Zutat: Sie brauchen Eier [...]

Debatte zu Bürgergeld für Kriegsflüchtlinge

Landesregierung befürwortet EU-weiten Schutzstatus

Seit dem 24. Februar 2022 sind über eine Million Ukrainer vor dem Krieg in ihrer Heimat nach Deutschland geflohen. Ein europäischer Beschluss gewährt ihnen in der gesamten EU den Schutzstatus und somit in Deutschland ein Anrecht auf Bürgergeld. Dies hält die AfD für falsch, denn Ukrainer würden anderen Flüchtlingen gegenüber bevorzugt. Zudem sieht die Fraktion einen Konflikt in den Militärhilfen für das Land und der Aufnahme ukrainischer Männer im wehrpflichtigen Alter. Die AfD-Fraktion wollte die Landesregierung auffordern, sich für den Wegfall des Bürgergelds einzusetzen. Dem folgte keine der anderen Fraktionen.



Horst Förster, AfD

„Es ist Zeit“, ukrainischen Flüchtlingen das Bürgergeld zu streichen, leitete **Horst Förster** (AfD) seine Argumentation ein. Denn es sei eine ungerechte „Privilegierung“ gegenüber den zu Hause gebliebenen Ukrainern sowie anderen Flüchtlingen in Deutschland, die lediglich geringere Leistungen gemäß dem Asylbewerberleistungsgesetz beanspruchen können.

Er sei „der Letzte“, der Krieg oder die Situation der Menschen in der Ukraine „verharmlosen“ wolle. Doch passten die deutsche Militärhilfe und das Bürgergeld für ukrainische Männer, die dann im Land fehlten, nicht zusammen. Hinzu käme, dass es deutsche Bürger „definitiv leid“ seien, für jeden, der komme, „geschröpft zu werden“.

Seine Fraktion verurteile das sinnlose Verheizen der Soldaten in „diesem fürchterlichen Stellvertreterkrieg“. Unser Mitgefühl müsse uns antreiben, „diesen Krieg zu stoppen“, appellierte der Abgeordnete an seine Kollegen.



Innenminister Christian Pegel

Innenminister **Christian Pegel** (SPD) fand den durch Horst Förster geschlagenen „ganz großen Bogen“ von der geforderten Streichung des Bürgergelds bis zur „allumfassenden“ Diskussion über „Sinnhaftigkeit oder Sinnlosigkeit von Krieg“ beachtlich. Kriege seien immer sinnlos und der Minister sei sich sicher, im Parlament bestehe Konsens über einen Frieden in der Region.

Er könne nicht sehen, wie das Bürgergeld Einfluss auf den Krieg hätte. Zudem ginge es bei den Ukrainern nicht um „Asylgründe“, sondern um die von der EU beschlossene Aktivierung der Massenzustrom-Richtlinie. Hätte das Asylrecht ge-griffen, würden Land und Kommunen erhebliche Mehrkosten und Bürokratie entstehen.

Der Minister gab zu, dass „eine stärkere Integration in Arbeit“ gewünscht wäre. Das werde mit verbesserten Sprachkursen gelöst, aber nicht mit diesem Antrag, wies der Minister das Ansinnen der AfD ab.

Ann Christin von Allwörden (CDU) zeigte sich unzufrieden über die Art und Weise, wie über Sozialleistungen für ukrainische Flüchtlinge debattiert werde, hielt es aber für „legitim“, darüber zu spre-



Ann Christin von Allwörden, CDU

chen. Es stehe „außer Frage“, dass „Menschen sich ihren Lebensunterhalt mit der eigenen Hände Arbeit finanzieren“ sollten. Andererseits „gehört zur Wahrheit dazu“, so die Abgeordnete, dass die Integration von Ukrainern in Gesellschaft und Arbeitsmarkt „viel einfacher gelingt als bei Menschen aus Nordafrika oder dem Nahen Osten“.

Ihre Fraktion vertrete die Auffassung, dass Ukrainer vor „einem Krieg in Europa“ flüchteten. Viele haben enge kulturelle und historische Verbindungen zu EU-Ländern. „Dies rechtfertigt eine unterschiedliche Behandlung im Vergleich zu anderen Flüchtlingsgruppen“, und dazu stehe die CDU. Sie werde sich keinem Antrag ohne Lösungsvorschlag anschließen.



Steffi Putz-Debler, DIE LINKE

„Ein weiterer Tiefpunkt“ in der Sozialstaatsdebatte wurde erreicht, schlussfolgerte **Steffi Putz-Debler** (DIE LINKE). Neu sei, dass andere Parteien auf den „Anti-Bürgergeld-Populismus-Zug“ aufsprängen. Nebenbei werde „in epischer Breite nach ganz unten getreten“ und „biodeutsche“ Bürgergeldempfänger gegen ukrainische Geflüchtete „aufge-

Fotos: Uwe Sinnecker/Archiv



Constanze Oehrich,
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

hetzt“. Es „war und ist ein Akt der Solidarität“ und eine „riesige Bürokratienteilnahme“, diesen anerkannten Asylbewerbern Bürgergeld einzuräumen. Sie erinnerte daran, dass die Entscheidung von allen Demokraten auf Bundesebene mitgetragen wurde. Statt im Niedriglohnsegment zu landen, lernten Ukrainer in Deutschland zunächst die Sprache, um eine Anstellung entsprechend ihrer Qualifikation zu finden. „Wer sind wir, ihnen diesen Anspruch zu verwehren?“, fragte die Abgeordnete.

Ihre Fraktion lehne den Antrag „selbstverständlich“ ab und bleibe solidarisch.

■ Ukrainische Flüchtlinge suchten Schutz vor einem „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg“ und verdienten nicht „zum Objekt einer populistischen Neiddebatte gemacht zu werden“, positionierte sich **Constanze Oehrich** (Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Besser wäre es darüber nachzudenken, wie Geflüchteten „ein vereinfachter Zugang zum Wohnungs- und Arbeitsmarkt verschafft werden kann“.

Mit Verweis auf die geltende EU-Massenzustrom-Richtlinie warf sie der AfD vor, im Antrag „etwas rechtlich Unzulässiges“ zu verlangen. Doch auch ohne diese europarechtliche Vorgabe können laut deutschem Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum den Geflüchteten die Sozialleistungen nicht gestrichen werden.

Auch Menschen, die sich der Wehrpflicht entzogen hätten, stehe ein „humanitärer Aufenthaltstitel“ zu. Die Abgeordnete sah nicht die Gefahr, dass Deutschland durch Waffenlieferungen zur Konfliktpartei werde. Dazu bräuchte es die Beteiligung eigener bewaffneter Truppen.

■ **René Domke** (Fraktionsvorsitzender FDP) bescheinigte der AfD, die Gründe für die Anwendung der Massenzustrom-Richtlinie nicht verstanden zu haben.



René Domke, Fraktionsvorsitzender FDP

Würde dem AfD-Vorschlag gefolgt, müsste jeder Ukrainer ein Asylverfahren durchlaufen und hätte mit einem Beschäftigungsverbot zu rechnen.

René Domke betonte, dass die Menschen mitten aus ihrem Leben in der Ukraine gerissen wurden. Sie hätten alle eine berufliche Qualifikation mitgebracht. Da frage er sich, warum es nicht gelungen sei, „die Menschen schneller in Arbeit zu bringen“ und fügte hinzu: „Sprachbarriere lasse ich hier nicht mehr gelten“.

Hinsichtlich einer Beendigung des Krieges warf er der AfD Einseitigkeit vor, denn es gebe „einen Aggressor“, der den Krieg sofort beenden könnte. Er finde es „zynisch und empathielos“, diese „Scheindebatte um das Bürgergeld“ mit der Kriegssituation zu verbinden.

Und deswegen wolle er sich mit dem Antrag „gar nicht weiter auseinandersetzen“, schloss der Abgeordnete.

■ Die Aktivierung der Massenzustrom-Richtlinie sei in ihren Augen ein Beweis, dass gemeinsame europäische Entscheidungen in der Migration möglich seien, analysierte **Dagmar Kaselitz** (SPD). Laut dieser Regelung gelten für die geflüchteten Ukrainer überall in der EU dieselben Rechte und Mindeststandards. Die konkrete Ausgestaltung der Standards variere je nach Mitgliedsland.

Neben der Sicherung des Existenzminimums ziele Deutschland auf verbesserte Arbeitsmarktchancen durch Qualifizierung und Berufsausbildung. „An uns liegt es, die Angebote von Integrations- und Sprachkursen zu verbessern“ und Firmen für mehr Eigenengagement „zu begeistern“, befand Dagmar Kaselitz.

„Schlussendlich“ erschließe sich ihr nicht, wie die AfD aus ihrer Argumentation eine Streichung des Bürgergelds für Ukrainer ableite. Die „unterschwellig aufgemachte Neiddiskussion und Kriminalisierung einzelner Menschen“ sei nicht der Stil der SPD und werde daher abgelehnt.



Dagmar Kaselitz, SPD

■ **Horst Förster** (AfD) waren „einige rechtliche Probleme“ bewusst, aber er wollte auf „die politische Bewertung“ verweisen. Dem weiche der Minister „vollkommen aus“. Niemand habe mit der Länge dieses Krieges gerechnet. Wie wolle die Politik die Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung aufrechterhalten? „Damit müsse man sich auseinandersetzen“, genauso damit, dass viele Ukrainer in Deutschland langfristig bleiben werden und dann dem Heimatland als Fachkräfte fehlten.



Jan-Phillip Tadsen, AfD

■ **Jan-Phillip Tadsen** (AfD) ergänzte, dass die niedrige Beschäftigungsquote der Ukrainer in Deutschland ein Scheitern der „linken Parteien“ bedeute. Wenn andere Länder besser dastehen, dann funktioniere der Ansatz zur Integration der Ukrainer in Deutschland nicht.

Der Anspruch der AfD beruhe darauf, „alles dafür zu tun, dass dieser Krieg aufhört, dass die Arbeitsmarktintegration in der Ukraine wieder gelingen kann und dass die jungen Familien wieder zusammengeführt werden“.

Außer der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten verwarfen alle anderen Fraktionen den Antrag.

mye

Antrag AfD
Drucksache 8/3864

Debatte über Tarifaufonomie

Lohnforderungen für Pflegepersonal in Pasewalk diskutiert

■ Krankenhäuser erfüllen eine zentrale Funktion in der Gesundheitsvorsorge einer Gesellschaft und sind gleichzeitig Wirtschaftsbetriebe. Sie stehen daher in einem harten Wettbewerb und müssen Gewinne erzielen. Gleichzeitig spüren die Kliniken den zunehmenden Druck durch den Fachkräftemangel. Die Fraktion DIE LINKE hat dies zum Anlass genommen, eine Aussprache zur Situation des nicht ärztlichen Personals der Asklepios Klinik in Pasewalk zu beantragen.

■ Die Fraktion DIE LINKE hat in einer von ihr beantragten Aussprache die Aufnahme von Tarifverhandlungen für das nicht ärztliche Personal an der Asklepios Klinik in Pasewalk gefordert. „Seit der Privatisierung des Krankenhauses vor über 20 Jahren gibt es keinen Tarifvertrag mehr für das nicht ärztliche Personal“, beklagte **Henning Foerster** (DIE LINKE). Während die Ärzteschaft von tariflichen Regelungen profitiere, arbeiteten rund 400 Beschäftigte ohne Tarifbindung. Die Geschäftsführung weise die Forderung mit dem Argument zurück, dass der Standort nicht ausfinanziert sei und bei einem Tarifabschluss akut gefährdet wäre. Wie Foerster berichtete, laute die Tarifforderung auf bis zu 300 Euro monatlich mehr und zwei zusätzliche Urlaubstage. Der Gesamtkonzern Asklepios habe 2023 trotz Inflation und struktureller Unsicherheiten im Gesundheitssektor seinen Umsatz und Gewinn gesteigert, sagte Foerster. Der Gewinn nach Steuern habe knapp 136 Millionen Euro betragen, nach knapp 132 Millionen Euro im Jahr zuvor. Für 2024 rechne das Unternehmen mit einer stabilen Umsatz- und Ertragsentwicklung. „Ich darf also zwei Dinge feststellen: Das Unternehmen ist gesund und die Konzernspitze weiß ganz genau, was die Uhr in Sachen Personal geschlagen hat.“ Die Menschen verdienen es, ordentlich entlohnt zu werden.



Foto: nordreport

Die Asklepios-Klinik in Pasewalk ist ein akademisches Lehrkrankenhaus und bietet eine Grund- und Regelversorgung an.

■ Gesundheitsministerin **Stefanie Drese** (SPD) begrüßte es, dass im Landtag der laufende Arbeitskampf an der Asklepios Klinik in Pasewalk thematisiert wird, auch wenn Tarifverhandlungen eine Angelegenheit zwischen Arbeitgebern und Beschäftigungsvertretungen seien. „Die Politik hat sich da herauszuhalten.“ Als Gesundheitsministerin und SPD-Politikerin sehe sie mit doppelter Sorge, wie sich die Situation seit Wochen an der Klinik in Pasewalk entwickelt und zuspitzt. „Auch in MV sind Tariflöhne beziehungsweise tariforientierte Entgelte wichtig, um wettbewerbsfähig zu bleiben.“ MV sei mit den überdurchschnittlich vielen älteren Menschen besonders stark vom demografischen Wandel betroffen und stehe vor großen Herausforderungen, betonte Drese. Viele Pflegekräfte erreichten in den kommenden Jahren ihren Ruhestand. Deshalb müssten Arbeitgeber in Bereichen, in denen es schon jetzt einen Fachkräftemangel gibt, große Anstrengungen unternehmen, um attraktiv zu bleiben. „Tariflöhne und ein gutes Betriebsklima sind hier sicherlich gute Instrumente“, sagte die Ministerin. Der erbitterte geführte Arbeitskampf habe negative Auswirkungen auf das Haus, die weit in die Region und die Fachcommunity der Pflegekräfte ausstrahlen. „Es ist deshalb höchste Zeit, dass gemeinsame Lösungen erarbeitet werden.“

■ **Michael Meister** (AfD) erklärte, dass er die Arbeit der Pflegekräfte und des nicht ärztlichen Personals von allen bedingungslos anerkenne. „Es ist daher von

großer Bedeutung, dass ihre Arbeit angemessen gewürdigt und fair entlohnt wird.“ Meister ging davon aus, dass der Asklepios-Konzern sich dieser Tatsache bewusst und bereit sei, die Situation zu entschärfen. Allerdings müsse die Klinik gleichzeitig als funktionierendes Wirtschaftsunternehmen arbeiten. „Mittendrin sind die Patienten, die auf beide Seiten angewiesen sind. Mittendrin ist aber auch eine breitbrüstige Gewerkschaft, die Ansprüche auf Mitbestimmung stellt.“ Die Klinik in Pasewalk sei wohl kaum ein „Big Player“ im Asklepios-Konzern, sagte Meister. Auch wenn Pflegekräfte ein Anrecht auf gute Bezahlung hätten, sei es nicht hilfreich, wenn ein Unternehmen seine Tätigkeit einstellen muss, weil es sich wirtschaftlich nicht trägt. Der AfD-Politiker führte weiter aus, dass viele Kliniken in Deutschland in existenzieller Not seien und vor dem Aus stünden. „In einer solchen Situation ist es nicht hilfreich, wenn Gewerkschaften noch Öl ins Feuer gießen und den Arbeitskampf anheizen.“ Meister plädierte darauf, die Tarifaufonomie zu achten.

■ Der CDU-Abgeordnete **Harry Glawe** griff SPD und LINKE scharf an. Diese wüssten genau, dass die Tarifparteien, einerseits die Personalvertretung oder der Betriebsrat und andererseits der Träger die Tarifverhandlungen zu führen haben. „Und Sie tun so, als ob Sie eine Lösung haben als SPD oder LINKE, Sie gaukeln draußen den Leuten was vor, was Sie gar nicht können.“ Es sei nicht Aufgabe der Politik, sich in laufende Lohnverhandlungen

gen einzumischen. „Wir erkennen die Tarifautonomie an“, betonte Glawe. In einer Diskussion mit dem LINKEN-Abgeordneten Foerster machte Glawe deutlich, dass die Geschäftsführung der Klinik aktuell die Gewerkschaft als Gesprächspartner nicht akzeptiere. Die Verhandlungen seien bis jetzt immer mit dem Betriebsrat oder der Personalvertretung abgeschlossen worden. „Ich kann Sie nur aufrufen, die Sache zu befrieden“ sagte Glawe. Am Ende müsse die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Vordergrund stehen. „Das ist der Auftrag, den ein Krankenhaus hat.“ Der Erhalt von Arbeitsplätzen sei ein zweiter Schritt. 70 Prozent aller Kosten in einem Krankenhaus seien Personalkosten, erklärte Glawe. Die Gewerkschaft müsse von ihren Maximalforderungen abrücken.

■ „Gute Arbeit und Einsatz für Tarifbindung, das ist bei der LINKEN und SPD der rote Faden“, machte der SPD-Abgeordnete **Christian Winter** zu Beginn seiner Rede deutlich. Es bestünde in MV ein generelles Problem mit Tarifbindung, deshalb gebe es auch das Tariftreugesetz. Die aktuellen Forderungen seien selbstbewusste Forderungen, erklärte Winter. „Die Pflegekräfte haben jeden Respekt verdient, nicht nur durch Applaus, sondern in Euro und Cent.“ Seit einem halben Jahr schwele der Konflikt in Pasewalk, es habe eine Unterschriftensammlung gegeben und der Betriebsrat habe gefordert, die Verhandlungen mit der Gewerkschaft verdi aufzunehmen. „Es ist nicht so, dass die Gewerkschaft schnell eskaliert hat.“ Generell müsse der Fall der Asklepios-Klinik in Pasewalk als exemplarisch angesehen werden, sagte Winter. Gewinnerzielungsabsichten von Konzernen wie Asklepios passten nicht mit den Zielen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie der Gesundheitsversorgung zusammen. Beim Angebot von Leistungen wie Gesundheit und Pflege trete ein massives Marktversagen auf. Denn die Patienten könnten nicht neutral und ungebunden darüber entscheiden, welche Versorgung die richtige ist. „Das erfordert eigentlich schon eine starke Regulierung“, betonte Winter. Deshalb spreche sich die SPD schon seit vielen Jahren dafür aus, dass Krankenhäuser rekommunalisiert oder zumindest entkommerzialisiert werden.

■ **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagte, dass das Pflegepersonal weniger systemrelevant sei, sondern vielmehr klinikrelevant. „Das heißt, ohne Pflegepersonal ist keine Patientenversorgung möglich.“ Ohne Pflegeleistung sei wiederum keine Refinanzierung möglich. Da müsse der Ansatzpunkt sein, auf die Klinikleitung und den Asklepios-Konzern einzuwirken und zu sagen: „Leute, überlegt Euch, was Ihr da macht.“ Das bedeute keinen Eingriff in die Tarifautonomie oder Entscheidungen über Lohnfragen, betonte Terpe. Er stellte sich hinter Ministerin Drese, die die Krankenhausversorgung für die Bevölkerung sicherstellen müsse und zur Zurückhaltung im Konflikt gemahnt hatte. „Es ist schon ein hohes Gut, dass wir bei Lohn- und Tariffragen sehr zurückhaltend sind“, betonte Terpe. Es sei das gute Recht der Pflegekräfte zu streiken. „Das wird auch Eindruck bei denen hinterlassen, die auf der Gegenseite sitzen.“ Asklepios ginge andernfalls ein hohes Risiko ein. Terpe mahnte alle Beteiligten an, ein bisschen abzurufen.

■ Die Asklepios-Klinik in Pasewalk befindet sich nicht in öffentlicher Trägerschaft, betonte die FDP-Abgeordnete **Barbara Becker-Hornickel**. Das Krankenhaus sei in der letzten Zeit nicht mit Positivschlagzeilen aufgefallen und es sei auch kein Geheimnis, dass es mit den Arbeitsbedingungen nicht zum Besten stehe. „Das zwischenmenschliche Klima scheint auch etwas angeschlagen zu sein“, sagte die FDP-Politikerin. Auch ihrer Partei sei daran gelegen, dass die Missstände behoben und die Arbeitsbedingungen wieder attraktiver werden. „Wir wollen nicht, dass die Pflegekräfte die Klinik verlassen, weil woanders bessere Bedingungen sind.“ Der Gewerkschaft sei es natürlich freigestellt, ihr verbrieftes Recht auf Warnstreiks wahrzunehmen und auf die Belange der Arbeitnehmer hinzuweisen, erklärte sie. Das sei legitim und baue Druck auf die Geschäftsleitung auf, sich eingehender mit den Arbeitsbedingungen in der Klinik zu befassen. „Aber: Wir als Landtag haben keine rechtliche Handhabe, die Geschäftsleitung zur Aufnahme von Tarifverhandlungen zu zwingen“, sagte Becker-Hornickel.

mgf

Extremistische Gewalt Thema im Landtag

Auslöser war ein mutmaßlich rassistischer Vorfall in Grevesmühlen

■ Straftaten mit mutmaßlich extremistischem Hintergrund waren für die Regierungskoalition Anlass, den Antrag „Gewalt und jede Form von Menschenfeindlichkeit haben in Mecklenburg-Vorpommern keinen Platz“ zu stellen. Im Wesentlichen sind sich die Fraktionen in der Verurteilung von Gewalt einig, und doch gab es in der Debatte Unterschiede, die zu emotionalen Diskussionen führten.

■ Eine beunruhigend große Zahl von Meldungen über rassistische oder volksverhetzende Vorfälle in MV geben nach Ansicht der Regierungskoalition von SPD und DIE LINKE Anlass zu großer Sorge. „Wir können und wir wollen und wir werden uns mit solchen rassistischen oder gewalttätigen Vorfällen, die gegen alles verstoßen, was für unser Zusammenleben wichtig ist, nicht abfinden“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen**. Gegen jede Form von Gewalt oder Menschenfeindlichkeit müsse entschieden vorgegangen werden. „MV ist stark, lebt von einer offenen und respektvollen Gesellschaft, die Achtung der unveräußerlichen und nicht in Zweifel zu ziehenden Menschenrechte und der Würde jeder und jedes Einzelnen sind nicht verhandelbar.“ Barlen sprach insbesondere eine rassistisch motivierte Attacke auf ein kleines Mädchen aus Ghana Mitte Mai in Grevesmühlen an, die bundesweite Aufmerksamkeit hervorgerufen hatte. „Das hat uns alle sehr bewegt und sehr erschüttert.“ Diese Attacke habe grell vor Augen geführt, wie sich Gewaltbereitschaft und Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft Bahn brechen können. Es sei gut, dass es seitens der Polizei eine transparente Kommunikation an-

hand aktueller Erkenntnisse gibt. Zunächst hatte es geheißen, dass das Mädchen ins Gesicht getreten worden sei. Später sei klar gewesen, dass es zu Fall gebracht worden sei. Das ändere aber nichts am Motiv der Täter oder den psychischen Folgen für das Mädchen, stellte Barlen klar. „Rassismus ist Rassismus, da gibt es keine Abstufungen. Das ist schäbig.“

■ Innenminister **Christian Pegel** (SPD) stellte an den Anfang seiner Rede mit vielen grundsätzlichen philosophischen Gedanken den Grundkonsens der Gesellschaft und Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Dies gelte ohne jede Einschränkung. Letztlich werde für diese Erkenntnis auch kein Grundgesetz benötigt: „Da braucht man das Herz am rechten Fleck und einen vernünftigen Werte- und Moralkompass.“ Freiheit heiße, dass Menschen sich jederzeit und überall trauen, sich frei zu bewegen, betonte Pegel. „Freiheit des Denkens und des Wortes braucht, dass ich mich auch trauen kann, es zu äußern.“ Der Rechtsstaat habe die Aufgabe, den Rahmen zu schaffen, dass niemand Sorge hat, das nicht zu können oder zu dürfen. Dazu gehöre auch das Gewaltpotenzial des Staates, mit dem in hitzigen Minuten die freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigt wird.

■ Der AfD-Fraktionsvorsitzende **Nikolaus Kramer** bezeichnete den Antrag der Regierungsfractionen als „Schaufensterantrag“. Dieser zeichne sich durch Klientelpolitik, Krokodilstränen und leicht kaschierte Hetze gegen die stärkste Kraft im Land aus. Die in dem Antrag dargestellte rechte Bedrohung gebe es nicht, betonte Kramer. „Die echten Probleme im Land aber, die Migrationskrise, Angst vor Krieg in Europa und der wirtschaftliche Niedergang unseres Bundeslandes sind für die Regierungskoalition wieder

einmal kein Thema.“ Es werde ständig mit zweierlei Maß gemessen und in Opfer erster und zweiter Klasse unterteilt, kritisierte Kramer. „Oft tosendes Schweigen, wenn Deutsche Opfer einer Gewalttat werden. Und der inszenierte Aufstand der Zivilgesellschaft, wenn es anders herum passiert.“ Bei migrantischen Tätern gebe es dann eine unerträgliche Relativierung. Es vergehe kaum ein Tag ohne „eingewanderte Messerkriminalität“ oder neue Gewalttaten von Migranten an Deutschen. „Das auszusprechen, diese Fakten und Probleme klar zu benennen, ist kein Rassismus, das ist die Realität“, betonte Kramer.

■ Die CDU bekenne sich klar zur Ablehnung jeder Form von Gewalt, erklärte der CDU-Abgeordnete **Sebastian Ehlers**. Er kritisierte die Landesregierung für ihren Umgang mit dem Vorfall in Grevesmühlen. Dabei habe die Landespolizei in ihrer Berichterstattung über erste Ermittlungsstände klar im Konjunktiv gesprochen. Sofort seien dann von der politischen Spitze des Landes aus Vermutungen Tatsachen geworden – teilweise mit falschen Informationen. „Das alles stärkt nicht das Vertrauen in den Rechtsstaat und in die Verwaltung“, betonte Ehlers. Die Bürgerinnen und Bürger hätten die Erwartung, dass die Landesregierung klar und deutlich Fakten kommuniziert und keine Mutmaßungen. Andernfalls entstehe der Verdacht, dass solche Vorfälle politisch instrumentalisiert werden. Ehlers appellierte insbesondere an die Landesregierung, sich nur dann zu äußern, wenn die Tatsachen klar sind.

■ Für den Abgeordneten der LINKEN, **Michael Noetzel**, ist es völlig irrelevant, ob es bei dem Vorfall in Grevesmühlen einen gezielten Tritt ins Gesicht gab oder das Mädchen „nur“ mit der Fußspitze berührt wurde. „Die Situation war widerlich und hinterlässt Spuren.“ Noetzel dankte



Julian Barlen, SPD-Fraktionsvorsitzender



Innenminister Christian Pegel



Nikolaus Kramer, AfD-Fraktionsvorsitzender



Sebastian Ehlers, CDU



Michael Noetzel, DIE LINKE



Constanze Oehrich
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



René Domke, Fraktionsvorsitzender FDP

Foto: Uwe Sinnecker/Archiv

den Menschen mit Zivilcourage, die offenbar verhindert hätten, dass es zu einem Messerangriff gekommen ist. Er wünschte sich mehr Widerspruch gegen rassistische, ausländerfeindliche und diskriminierende Worte und Taten. Noetzel warnte vor verfassungsfeindlichen Tendenzen. Er hoffte, dass dies rechtzeitig genügend Menschen realisieren und es nicht irgendwann zu spät sei für diese offene, freie Gesellschaft und ihre verfassungsgemäße Ordnung und Institutionen. Viele Menschen machten sich derzeit Sorgen um den Schutz für das Bundesverfassungsgericht. Eines sei sicher: „Die AfD wird, wenn sie die Möglichkeit hat, dieses Korrektiv beschneiden, wenn nicht sogar liquidieren.“ Dafür reiche der Blick nach Polen, Ungarn oder Italien, sagte Noetzel.

■ Es ist nach Meinung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die freiheitliche und demokratische Gesellschaft in MV gegen Rassismus und Diskriminierung zu verteidigen. Die Landesregierung müsse tätig werden, Symbole reichen nicht mehr, sagte die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Constanze Oehlrich**. MV brauche eine ressortübergreifende Landesstrategie gegen Rechtsextremismus. „Die Sicherheitsbehörden unseres Landes müssen in die Lage versetzt werden, rechtsextre-

me Strukturen schneller zu erkennen und zu zerschlagen.“ Eine der größten Gefahren, die von der AfD ausgehen, sei die schrittweise Normalisierung extrem rechter Ideologien, sagte Oehlrich. Sie zitierte aus der Studie „Hält die Brandmauer?“, in der 121 Fälle von Kooperationen in Ostdeutschland zwischen extrem Rechten und demokratischen Fraktionen auf kommunaler Ebene im Zeitraum von Sommer 2019 bis Ende 2023 benannt werden. Damit würde dazu beigetragen, die AfD als legitimen politischen Akteur zu etablieren. Diese Tendenzen gingen von Teilen der Liberalen und der Konservativen aus. „Sie von der CDU und der FDP müssen jetzt zeigen, dass Sie zu denjenigen gehören, die aus der Geschichte gelernt haben.“

■ Es brauche eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung, denn die freiheitlich demokratische Grundordnung müsse von jedem Einzelnen verteidigt werden, sagte der Fraktionsvorsitzende der FDP, **René Domke**. „Es geht nicht ohne die Menschen, die es betrifft.“ Da müsse sich die Politik ehrlich machen und sich fragen, welche Botschaften sie sendet: „Ob sie zuhört und Ansprechpartner ist, ob sie Lösungen anbietet, die ja an sich mal auch richtig sein können, aber vielleicht gar nicht mehr akzeptiert werden.“ Eines aber sollte Politik nicht machen und das sei, den gesellschaftli-

chen Dialog in einer Bürgergesellschaft einfach wegzudrücken. „Auch diese Beispiele gab es“, sagte Domke. Der FDP-Politiker kritisierte den Antrag der Regierungskoalitionen, in dem dazu aufgefordert wird, auf allen politischen Ebenen antidemokratischen Bestrebungen entgegenzutreten und Mitglieder antidemokratischer Parteien oder Vereinigungen nicht in Ämter oder Funktionen zu wählen. „Wem wollen wir eigentlich etwas vormachen?“ Auch im Landtag gebe es AfD-Ausschussvorsitzende und in den Kommunen solle das nicht mitgetragen werden? Eine solche Forderung stelle einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung dar. „Die kommunale Selbstverwaltung hat Verfassungsrang“, betonte Domke.

Über den Antrag der Regierungskoalitionen SPD und DIE LINKE wurde namentlich abgestimmt. Punkte 1-4: Bei 71 abgegebenen Stimmen gab es 60 Ja-Stimmen und 11 Enthaltungen. Punkte 5-6: Bei 71 abgegebenen Stimmen gab es 42 Ja-Stimmen und 28 Nein-Stimmen

mgl

Antrag der Fraktionen von SPD und DIE LINKE Drucksache 8/3856

FDP will Verfassungsschutz zukunftssicherer aufstellen

Bestehender Schutz laut Landesregierung ausreichend

■ Die Bundesrepublik Deutschland ist auf vielen Ebenen feindlichen Aktivitäten ausgesetzt. Davon ist auch MV betroffen, wie beispielsweise Cyberangriffe auf Landes-, Kreis- und Kommunalbehörden beweisen. MV habe bei der Abwehr solcher Angriffe Nachholbedarf. Der jüngst vorgestellte Verfassungsschutzbericht MV des Jahres 2023 zeige nach Ansicht der FDP-Fraktion eine aktuelle und besorgniserre-

gende Bedrohungslage. Für ihren Antrag fand die FDP-Fraktion jedoch keine Zustimmung.

■ **David Wulff** (FDP) zählte aus dem Bericht zahlreiche Beispiele aus dem Bereich Spionageabwehr und hybride Bedrohungen auf. So entfalte Russland zahlreiche Aktivitäten mit zunehmender Dynamik, China wolle bis zum Jahr 2049

die führende Weltmacht sein und iranische Nachrichtendienste seien in die illegale Beschaffung von Materialien zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen verwickelt. Von Cyberattacken seien auch Behörden in MV betroffen. „Das sind ganz konkrete Beispiele einer Bedrohungslage von außerhalb für unser Land, für unsere Werte, unsere Demokratie“, sagte Wulff. Jeder müsse erkennen, dass sich Deutschland wehren müsse, wenn die Demokratie in Gefahr ist. Es gehe bei Spionageaktionen nicht mehr nur darum, Daten abzugreifen. Länder wie China oder der Iran wollten aktiv in die deutsche Gesellschaft hineinwirken oder auch aktiv gegen Menschen jüdischen Glaubens vorgehen. „Deshalb ist gerade der Bereich der Cyberabwehr ein ganz

relevanter Punkt“, betonte der FDP-Politiker. Der Verfassungsschutz MV sei angesichts dieser Bedrohungen nicht entsprechend ausgestattet.

■ „Wir haben immer eine entsprechende Bedrohungslage über die letzten Jahrzehnte gehabt“, erwiderte Innenminister **Christian Pegel** (SPD) und trat damit dem Eindruck entgegen, dass es eine völlig neue Bedrohungslage gebe. Man könne jedoch an der ein oder anderen Stelle auch von einer Verschärfung der Lage ausgehen. Der Minister zeigte sich aber überrascht über die These der FDP, dass der Verfassungsschutz für die Bedrohung nicht ausreichend aufgestellt sei. Der Verbund der 16 Verfassungsschutzbehörden der Länder, des Bundesverfassungsschutzes sowie des Militärischen Abschirmdienstes und des Bundesnachrichtendienstes sei gut für diese Aufgaben gerüstet. Nach diversen Vorfällen in der Vergangenheit, die Zweifel an der Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Kontrolle über den Verfassungsschutz MV ausgelöst hätten, sei laut Koalitionsvertrag ein Beauftragter bestellt worden. Dieser habe ein Dreivierteljahr die Arbeit der Behörde begleitet und dann verschiedene Hinweise gegeben. „Er hat aber ausdrücklich ein positives Resümee gezogen.“ Auch personell sei der Landesverfassungsschutz gut aufgestellt, betonte Pegel.

■ „Spionageabwehr ist und bleibt in allererster Linie eine bundeshoheitliche Aufgabe. Dabei soll es auch bleiben“, sagte der AfD-Fraktionsvorsitzende **Nikolaus Kramer**. Allerdings unterstütze er die FDP in ihrer Forderung nach Investitionen in Schulung und Training, um das Bewusstsein für Sicherheitsrisiken zu schärfen und die Fähigkeiten zur Erkennung und Abwehr von Bedrohungen zu verbessern. Kramer berichtete von katastrophalen Zuständen innerhalb der Landespolizei. Es mangle an Möglichkeiten zur Schießausbildung. „Es gibt Regionen, die schon seit Jahren keinen Streifenwagen mehr gesehen haben.“ Dort müsse angesetzt werden, forderte Kramer. Die Aus- und Fortbildung der Polizisten müsse verbessert werden. „Da sind die Defizite.“ Wenn das verbessert sei und die Polizisten auf der Straße wirklich einsatzbereit und vernünftig ausgebildet sind,

dann könne überlegt werden, ob das Land auch Aufgaben übernehmen könne, die originär Bundesaufgaben sind.

■ **Ann Christin von Allwörden** (CDU) kritisierte zunächst Kramer, weil dieser die Themen Verfassungsschutz und Polizei vermische. „Verfassungsschutz ist Verfassungsschutz und der hat ganz andere Aufgaben als die Polizei“, betonte sie. Das müsse auseinandergehalten werden. Auch die FDP-Fraktion mache einen inhaltlichen Fehler, wenn sie im Antrag vom „Landesamt für Verfassungsschutz“ spreche. „MV hat kein Landesamt für Verfassungsschutz, wir haben seit der Gründung 1991 lediglich eine Abteilung des Innenministeriums“, erklärte von Allwörden. Die CDU-Politikerin konstatierte auch gleichzeitig Uneinigkeit in der Regierungskoalition über die Rolle des Verfassungsschutzes in MV: „Bei der SPD nehme ich wahr, dass sie den Zuständigkeitsbereich des Verfassungsschutzes eher noch ausweiten möchte, DIE LINKE hat nach wie vor nicht ihren Frieden mit dem Verfassungsschutz gemacht, wie mit vielen anderen Bereichen der Inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.“

■ „Die Sicherheitsbehörden arbeiten, für sich und in verschiedenen Verbänden und Gremien auch miteinander“, stellte **Michael Noetzel** (DIE LINKE) fest. Eine lückenlose Kontrolle des öffentlichen Raumes sei aber nicht zu erreichen oder nur zum Preis massiver Freiheitseinschränkungen. „Und ich weiß nicht, ob das in Ihrem Interesse ist“, sagte Noetzel in Richtung der FDP-Fraktion. Die Behörden in MV innerhalb der nationalen und internationalen Sicherheitsarchitektur seien einzelne und kleine Zahnräder. „Das gilt insbesondere für den Bereich der Spionageabwehr.“ Im Bundesamt für Verfassungsschutz liefen die Fäden zur Aufklärung der Aktivitäten fremder Nachrichtendienste aus den unterschiedlichsten Richtungen zusammen. „Grundlegend scheint diese Form der Zusammenarbeit zu funktionieren“, sagte Noetzel. Laut Bundesinnenministerium forderten insbesondere die Aktivitäten Chinas, des Irans oder der Türkei die Fähigkeiten der Spionageabwehr der deutschen Behörden heraus. Ein neueres Feld scheinen Geldströme von Putins Gefolgsleuten an

Spitzenpersonal der AfD zu sein, erklärte Noetzel. Das werde Bestandteil von Ermittlungen sein.

■ „Der Verfassungsschutz ist keine Meinungspolizei und auch keine Strafverfolgungsbehörde“, machte die Fraktionsvorsitzende **Constanze Oehrich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) deutlich. Er sei Teil eines Frühwarnsystems. Das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestages habe jüngst eine Bewertung vorgelegt, nach der Russland seit Jahren massiv Spionage betreibe und Deutschland im Mittelpunkt russischer Operationen stünde. Russland versuche illegitim auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einzuwirken. Dies gehe über Desinformationskampagnen in Medien, Propaganda, Spionage oder Beeinflussung der politischen Willensbildung. „Wir hier in MV können ein Lied davon singen“, sagte Oehrich. „Die Machenschaften rund um die Klimastiftung haben gezeigt, dass der Arm der russischen Föderation bis an den hiesigen Kabinettstisch reicht.“ Zudem habe es in MV einige Cyberangriffe gegeben, zu denen sich eine russische Hackergruppe bekannt habe. „Unser Bundesland muss angesichts hybrider Bedrohung deutlich robuster und resilienter werden.“

■ „Es ist zwar schon alles gesagt, aber noch nicht von jedem“, begann **Ralf Mucha** (SPD) seinen Redebeitrag, um sich gleich im Anschluss den Worten von Innenminister Christian Pegel (SPD) in dieser Debatte anzuschließen. Mucha sprach allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gefahrenabwehr seinen herzlichen Dank aus und verließ nach 46 Sekunden das Rednerpult.

Der Antrag wurde bei Zustimmung der FDP, Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten und Gegenstimmen von SPD, DIE LINKE und CDU abgelehnt.

mgl

*Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 8/3624
Änderungsantrag
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/3819*

Asylpolitik Gegenstand mehrerer Anträge der Fraktionen

CDU, FDP und AfD mahnen zu Vorgehen gegen islamistische Gewalt

■ In der Juli-Sitzungswoche debatierte der Landtag vier Drucksachen zum Themenkomplex Islamismus, Asylverfahren, Abschiebung und Integration von Flüchtlingen. Die FDP schlug nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz zahlreiche Maßnahmen zur Beschleunigung von Asylverfahren vor. Ihr zweiter Antrag zielte auf eine bessere Integrations- und Präventionsarbeit, um islamistischen Gewalttaten vorzubeugen. Bei inhaltlicher Überschneidung mit der FDP setzte ein CDU-Antrag zusätzlich auf die Revision der schnelleren Einbürgerung sowie ein Engagement auf Bundesebene zur Begrenzung irregulärer Migration. Ein Änderungsantrag der AfD ging noch einen Schritt weiter und drang auf die Abschaffung des subsidiären Schutzes und eine Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten. Keiner der Anträge passierte das Parlament.

■ Anlass für den Antrag seiner Fraktion, erklärte **Daniel Peters** (Fraktionsvorsitzender CDU), sei die Ermordung eines Mannheimer Polizisten durch einen afghanischen Flüchtling. Denn auch MV habe „enormen Handlungsdruck“, da hier „71 Gefährder aus Syrien und Afghanistan“ lebten, die „dringend abgeschoben werden müssen“. Wenn dann auch noch ein Clan-Krimineller in MV wohne, fragte sich der Abgeordnete, ob das Land „zum Eldorado von Schwerstkriminellen ausländischer Herkunft“ werde? Daher wolle die CDU ein „rigoroses“ Verbot islamistischer Organisationen. Es sei auch „nicht hinnehmbar“, dass Menschen, „die ein Kalifat auf deutschem Boden fordern, [...] bleiben dürfen“. Zudem sah Daniel Peters in Äußerungen der Ministerpräsidentin zur Migrationsbegrenzung eine Kursänderung. Durch Zustimmung zum CDU-Antrag könne sich die SPD zu dem Thema, welches „die Menschen wirklich umtreibt“, positionieren.

■ Die Freien Demokraten stünden für „Null-Toleranz“ bezüglich Islamismus und Extremismus jeglicher Art, versicherte **René Domke** (Fraktionsvorsitzender FDP). Er halte einen „ganzheitlichen Ansatz“ für eine vielschichtige „Sicherheitsarchitektur“ geeignet, um „Parallelgesellschaften“ zu verhindern. Ausweisung allein sei keine Lösung. Neben „harten Maßnahmen“ brauche es auch Prävention durch verbesserte Integrationsarbeit. Der erste FDP-Antrag decke sich in vielen, aber nicht in allen Fragen mit dem der CDU. Darum beantragte René Domke die nummernweise Abstimmung. Der zweite Antrag seiner Fraktion fordere vom Land, den „Turbo“ für die schnellere Bearbeitung der Asylanträge zu „zünden“, wie es der Abgeordnete formulierte. Dafür sei mehr Personal an den Verwaltungsgerichten, eine zentrale Bearbeitung sowie Spezialisierung nach Herkunftsländern notwendig. Mehr Effizienz würde zeigen, hier werde gehandelt.

■ Innenminister **Christian Pegel** (SPD) räumte eine „nicht unerhebliche“ bundesweite Gefahrensituation ein, jedoch weniger für MV. Im Gegensatz zu Daniel Peters sah er keinen Kurswechsel der Ministerpräsidentin. Bereits im März 2023 stimmte das Parlament dem „360-Grad-Antrag“ der Regierungskoalition zum Thema Migration und Asyl zu. Er bilde „die gesamte Bandbreite“ der Problematik ab, auch wie mit Gefährdern und Straftätern umzugehen sei. Der Minister habe „wiederholt“ die „massiven“ Herausforderungen bei den Aufnahmekapazitäten genauso wie die „stärkere Eingrenzung des Zuzuges“ angesprochen. Die erwähnten 71 Gefährder ohne Aufenthaltsstatus habe er „übernommen“ und „die waren schon alarmierend, bevor ich ins Amt kam“, entgegnete der Minister der CDU. Erst die jetzige Bundesregierung verhandle Abkommen mit den Zielländern, um Bewegung in die Sache zu bringen.

■ **Jan-Phillip Tadsen** (AfD) begrüßte die Debatte, wenngleich die Ursachen weiterhin nicht angegangen werden. Die FDP- und CDU-Anträge vermieden „ganz konkrete Maßnahmen“ wie „Zurückweisung“ an den Grenzen oder die Einrichtung von „Transitzentren“. Genauso brauche es im „Sicherheitsinteresse“ der Bevölkerung diplomatische Beziehungen zu Syrien, die Rückführungen ermöglichen.

Jan-Phillip Tadsen erkannte die Bemühungen des Innenministers an, möglichst beide Seiten zu betrachten. Es sei aber politisch nicht glaubwürdig, ständig auf die Mehrheit der sich friedlich verhaltenden Menschen zu verweisen, ohne die Problemfälle anzugehen. Im Änderungsantrag erwäge seine Fraktion daher einen „Paradigmenwechsel“, um mit einer „Drittstaatenregelung“ im europäischen Rahmen „neue Maßstäbe zu setzen“. Dazu gehöre auch, den subsidiären Schutz infrage zu stellen.

■ „Islamistischer Terror stellt eine deutliche Bedrohung für unsere offene Gesellschaft dar“, unterstrich **Steffi Pulz-Debler** (DIE LINKE). Der Rechtsstaat müsse solchen Bedrohungen mit rechtlichen Mitteln entgegentreten. Sie habe jedoch nicht das Gefühl, dass die Sicherheitsbehörden so schlecht aufgestellt seien, wie es die FDP suggeriere. „Populistische Forderungen nach Abschiebung“, wie von der CDU, höhlten „den Wesenskern des demokratischen Rechtsstaats“ aus. Abschiebung bedeute Straflosigkeit und setze „ein völlig falsches Signal an islamistische Sympathisanten“. Steffi Pulz-Debler forderte ihre Kollegen auf, sich darauf zu konzentrieren, wie Integration durch Wohnungsbau, soziale Teilhabe und Extremismus-Prävention verbessert werden könne. Am Ende gelte es, „Fluchtursachen endlich zu bekämpfen und nicht Menschen, die Schutz suchen“, schloss die Abgeordnete.

Constanze Oehrlich (Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) räumte „mit zwei Scheinlösungen“ der Migrationsdebatte auf, die von ihrer Fraktion abgelehnt werden.

Eine betreffe die Forderung, Asylverfahren in Drittstaaten anzustreben. Es sei „schleierhaft“, wie dieser Prozess im Einklang mit den Menschenrechten gelingen solle.

Die zweite Scheinlösung sei die Abschiebung von Straftätern in unsichere Herkunftsländer. Das verstoße nicht nur gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, sondern habe auch außen- und menschenrechtspolitisch „eine fatale Signalwirkung“, da hierzu mit den Regimen in Afghanistan oder Syrien kooperiert werden müsse und internationale Sanktionen umgangen würden. Hingegen stärke die Verteidigung der menschen- und völkerrechtlichen Grundsätze die Demokratie langfristig gegen diejenigen, die sie untergraben wollen, argumentierte die Abgeordnete.

Martina Tegtmeier (SPD) gab zu, dass es trotz weniger Vorfälle in MV „eine reale Gefahr“ und Angst in der Bevölkerung gebe. Nach ihrer Auffassung seien die Sicherheitsbehörden aber „sensibilisiert“. Für die CDU-Forderung zum Verbot von islamistischen Organisationen gelte das Vereinsgesetz, auf dessen Grundlage bereits 14 islamistische Verbände untersagt wurden. Auch unterstütze ihre Fraktion „natürlich nicht“ eine Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts. Wo frühere CDU-Innenminister wenig Initiative zeigten, werden seit dem Einsetzen eines Sonderbevollmächtigten für Migrationsabkommen zahlreiche Gespräche mit Staaten geführt, hob die Abgeordnete hervor.

Der FDP erwiderte sie, dass deren Antrag die bestehenden Strukturen, Gremien und Netzwerkaktivitäten „einfach ausblende“. Zusätzlichen Aufwand für die Landes- und Kommunalverwaltung lehne die SPD-Fraktion ab, genauso wie den Antrag.

Justizministerin **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE) verwehrte sich gegen den Vorwurf ineffizienter Asylverfahren. Egal in welchem Bereich, die Menschen haben schlichtweg „ein Recht [...] auf effiziente Verfahren“, reagierte die Ministerin auf die Kritik von René Domke. Sie wies eine Überlastung der Gerichte zurück oder dass das Land nichts mache: „Das stimmt einfach nicht!“ Jacqueline Bernhardt verurteilte den Versuch, die guten Punkte wegzulassen. Bundesweit einzigartig ist in MV die Unterstützung der Richter durch eine wissenschaftliche Assistenz. Zudem haben sich die Verwaltungsgerichte Schwerin und Greifswald auf verschiedene Herkunftsländer spezialisiert. Im Bundesvergleich stehe MV auf Platz fünf von 16. „Das ist doch kein schlechter Platz“, verteidigte die Ministerin die Situation und fügte hinzu: „Hören Sie auf, das Land [...] schlechtzureden. Erkennen Sie die Leistung der Regierung an!“

Auch die CDU habe noch „Klärungsbedarf“ bei dem „ein oder anderen Punkt“ des FDP-Antrages 8/3858 und darum beantragte **Daniel Peters** (Fraktionsvorsitzender CDU) ebenfalls Einzelabstimmung. In Richtung SPD stellte der Abgeordnete klar, dass die CDU „von Anfang an“ das neue Staatsbürgerschaftsgesetz ablehnte. Und sofern sie wieder in Regierungsverantwortung sei, werde „dieses Gesetz noch mal angefasst“. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE entgegnete der Abgeordnete, dass es trotz Menschenrechtskonventionen einen rechtlichen Rahmen für Abschiebungen brauche. Darauf ziele der Antrag ab. Denn es sei niemandem erklärbar, dass Straftäter „schlicht und ergreifend“ hierblieben, selbst nach Verbüßung der Strafe.

Die Debatte ging „quer durch die Themenbereiche“ und in „bestimmten Fragen“ werde man sich offensichtlich nicht einig, fasste René Domke (Fraktionsvorsitzender FDP) zusammen.

Hinsichtlich des 360-Grad-Antrags der Regierungskoalition drang er auf eine konkrete Umsetzung. Er sei weder über-

zeugt worden, dass „wir hundertprozentig gut aufgestellt sind“ noch habe er Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheitsarchitektur gehört. Nur weil er abrechenbare Maßnahmen verlange, wolle er nicht als Populist „beschimpft“ werden. Auch die Kritik der Justizministerin wies er zurück. Es sei „Aufgabe der Opposition“, konstruktive Vorschläge zu unterbreiten.

Dem Änderungsantrag der AfD stimmte lediglich der Antragssteller und die fraktionslose Abgeordnete zu, alle anderen lehnten ab. Den CDU-Antrag wiesen SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in allen Ziffern und Nummern ab. Die FDP war gegen die Ziffer I Nummern 4, 5 und Ziffer II Nummer 4. Bei den übrigen Punkten votierte sie dafür. CDU, AfD und die fraktionslose Abgeordnete billigten alle Ziffern.

Bei der Abstimmung der FDP-Drucksache 8/3858 verwehrten sich SPD und DIE LINKE allen Punkten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthielt sich bei Ziffer I und Ziffer II, Nummern 1, 2, 3 und 7. Die Ziffer II Nummern 4 bis 6 lehnte die Fraktion ab. Die AfD und die fraktionslose Abgeordnete gaben der FDP in Ziffer II Nummern 4 bis 6 und 7 ihre Stimme enthielten sich aber bei Ziffer I und Ziffer II, Nummern 1, 2, 3. Die CDU enthielt sich bei Ziffer II Nummern 2, 3 und 7 und stimmte ansonsten zu. Der Antragssteller befürwortete alle Ziffern.

Für die Drucksache 8/3859 der FDP waren der Antragsteller und die CDU, AfD und die fraktionslose Abgeordnete enthielten sich, während alle anderen Fraktionen ablehnten.

mye

Antrag CDU - Drucksache 8/3795
hierzu

Änderungsantrag AfD Drucksache 8/3915

in Verbindung mit:
Antrag FDP Drucksache 8/3858

in Verbindung mit:
Antrag FDP Drucksache 8/3859

Stärkere Gleisanbindung für die Wirtschaft debattiert

Die Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene gestaltet sich schwierig

■ Der Masterplan Schienenverkehr des Bundesverkehrsministeriums sieht vor, bis zum Ende des Jahrzehnts 25 Prozent des Güterverkehrs per Schiene zu bewältigen. Eine Herausforderung – denn seit Mitte der 1990er Jahre wurden bundesweit rund 80 Prozent der Gleisanschlüsse stillgelegt. Hier setzte ein Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an. Er forderte von der Landesregierung, zusammen mit der Deutschen Bahn die Anbindung von Industrie- und Gewerbegebieten an das Schienennetz und die Reaktivierung stillgelegter Gleisanbindungen zu prüfen. Zudem soll bei neuen Industriestandorten ein Schienenanschluss obligatorisch erwägt werden. Zusätzlich beauftragte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Landesverwaltung, eine Landesstrategie für den Gleisanschluss von Industrie- und Gewerbegebieten auszuarbeiten. Ein CDU-Änderungsantrag wollte herausfinden, inwieweit erweiterte Reparatur- und andere Kapazitäten Engpässe beseitigen könnten.

■ Ihrer Fraktion gehe es um den „klimafreundlichen Transport von Gütern“, begründete **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Drucksache. Andere Länder wickelten schon jetzt 25 Prozent ihrer Transporte per Schiene ab. Schließlich könne ein Güterzug bis zu 52 Lastkraftwagen ersetzen. Darum müsse die Schiene als effizienter und emissionsarmer Verkehrsträger auch in MV „gestärkt“ werden. Kombiniert mit einem möglichst kurzen Vor- und Nachlauf per Lkw „führt [daran] kein Weg vorbei“. Doch trotz Interesse der Unternehmen für den Schienentransport gab es seit 2019 keinen Antrag auf Bundesförderung für einen Gleisanschluss in MV. Dabei erhöhe die Schiene „die Resilienz der Transportwege“, wenn Wasserstraßen wegen Niedrigwasser ausfielen oder Brücken und Straßen vom Schwerlasttransport über Gebühr belastet wurden. Ihre Frak-

tion begrüße den Änderungsvorschlag der CDU als eine gute Ergänzung.

■ „Mehr Gleisanschlüsse [...] und mehr Schienenverkehr ist immer gut“, betonte Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD). Allerdings brauche es laut Prognose des Bundesverkehrsministeriums beides: Schiene und Straße.

Die Landesregierung sei „grundsätzlich“ und „seit Jahren“ dafür, Industriestandorte und Unternehmen, sofern „möglich und sinnvoll“ an die Bahn anzuschließen. Es gebe aber auch den „klaren Grundsatz“ für die Einzelfallbetrachtung anstatt einer generellen „Verpflichtung zur Anbindung“. Denn die Träger der Gewerbegebiete und damit auch der Gleisanschlüsse seien die Kommunen, die das oft finanziell nicht bewältigen können. „Am Ende des Tages“, gab der Minister zu bedenken, liege es an zwei Problemen der Deutschen Bahn: „die mangelnde Schnelligkeit und das fehlende Geld“. Darum plädierte er „unbedingt“ für einen „Infrastrukturfonds für Deutschland“. Dann könne er „mehr Schiene gerne“ zustimmen, „aber bitte keinen Zwang“.

■ Bei der Anbindung der Industrie an die Schiene handelt es sich „zweifelsfrei“ um „ein wichtiges und unterstützenswertes Anliegen“, richtete **Stephan Reuken** (AfD) an den Einbringer. Allerdings sehe seine Fraktion in der wirtschaftlichen Bedeutung das Hauptargument und nicht im Klimawandel. Er denke, es gebe Konsens darüber, dass eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene zur Entlastung der Straßen und besserer Lebensqualität in den Gemeinden beitrage. Die AfD „störe“ lediglich die „ideologische“ Betrachtung durch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Für seine Fraktion stehe der Wert eines „gut ausgebauten Schienennetzes“ zur „wirtschaftlichen Stärkung und zur Verbesserung der Infrastruktur unseres Landes“ außer Frage. Es sei „legitim“, die Landesregierung zu einer Prüfung aufzufordern, aber „eine Pflicht

zum Gleisanschluss lehnen wir allerdings auch ab“. Darum beantragte Stephan Reuken die ziffernweise Abstimmung.

■ Das Schienennetz spiele „natürlich eine zentrale Rolle“ für die nachhaltige und wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land, bestätigte **Christiane Berg** (CDU). Dabei sei ein Viertel des gesamten Güterverkehrs auf der Schiene „ein sehr ambitioniertes Ziel“, besonders wenn man den „ernüchternden“ Netzzustandsbericht der Deutschen Bahn lese. Doch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wolle zunächst „Prüfanträge, ohne die Finanzierung nachzuweisen“. Mit ihrer zusätzlichen Forderung möchte die CDU „sicherstellen“, dass „auch bestehende Engpässe im Netz gezielt beseitigt werden“. Das sei „entscheidend“ für die Erhöhung der „Effizienz“ und der „Zuverlässigkeit des Schienengüterverkehrs“, begründete die Abgeordnete. Diese „umfassende Betrachtung“ und „daraus resultierenden Maßnahmen“ können die notwendigen Verbesserungen bringen, um „den schönen Schienengüterverkehr als Rückgrat einer zukunftsfähigen und klimafreundlichen Logistik zu etablieren“.

■ „Als gelernter Eisenbahner“ begrüßte **Henning Foerster** (DIE LINKE) die Intention des Antrages. Er verwies darauf, dass bis Mitte der 90er Jahre bei der Neuplanung von Gewerbe- und Industriegebieten entweder Flächen für Gleisanschlüsse freigehalten oder diese von vornherein in der Nähe von Bahnhöfen angesiedelt wurden. Besonders im Osten der Bundesrepublik verfügten sie häufig über eine Gleisanbindung, da es in der DDR mehr Schienengüterverkehr gab. Die Bahnreform von 1994 war „die Bruchlinie“: Stilllegung, Entwidmung, Abbau oder Verrottung von Gleisen, Weichen und Bahnhöfen.

Und es fehle an „multimodalen Verladestellen“, um auf andere Verkehrsmittel umladen zu können. Er finde aber, statt der Landesregierung seien die Verbände, das Eisenbahnbundesamt und die Bundesnetzagentur gefordert. Die vorgeschlagene Ausarbeitung einer Strategie hielt der Abgeordnete „mit Blick auf die mehr als 1.300 Gewerbeflächen für zu ambitioniert“.



Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Wirtschaftsminister Reinhard Meyer



Stephan Reuken (AfD)



Christiane Berg (CDU)



Henning Foerster (DIE LINKE)



David Wulff (FDP)



Marcel Falk (SPD)

■ „Fördern, prüfen, unterstützen“, das sind vernünftige Ansätze, pflichtete **David Wulff** (FDP) dem Antragsteller bei. Die FDP erkenne, dass Infrastruktur Nachfrage schaffe. Es sei „ein politisches Mittel“, mit „Infrastrukturmaßnahmen“ die Ansiedlung der Wirtschaft zu fördern. Allerdings warne er davor, sich auf „die letzte Meile“ zu konzentrieren, Geld und Energie in Anschlüsse zu stecken und dabei die „eigentlichen Hauptstrecken“ zu vernachlässigen, wo es dann zum „Stau“ käme. Darum halte er eine andere „Priorisierung“ für sinnvoll, bei der die zentralen Strecken „vernünftig“ ertüchtigt und möglichst zweigleisig ausgebaut werden. Erst dann sollte die Anbindung von Gewerbe umgesetzt werden. „Das halte ich für sehr wichtig“ und „für den marktwirtschaftlichen Ansatz“, bekräftigte der Abgeordnete. Er lehne den Antrag nicht pauschal ab, „aber wir werden uns am Ende hierbei enthalten“, erklärte er für seine Fraktion.

■ „Es gehört mehr Güterverkehr als bisher auf die Schiene. Punkt!“, brachte **Marcel Falk** (SPD) zum Ausdruck. Darum können er und seine Fraktion dem Feststellungsteil im Antrag „unumwunden zustimmen“, dem Forderungsteil hingegen nicht. Denn fehlende Gleisanschlüsse seien nicht „der entscheidende Grund“, warum der Schienenverkehr „eine untergeordnete Rolle spielt“. Der Güterverkehr auf der Schiene sei „schlichtweg zu unattraktiv: zu teuer, zu unzuverlässig und zu langsam“. Der Änderungsantrag der CDU erkenne, dass es zunächst „auf die Verbesserung der bestehenden Infrastruktur“ ankomme. Diese „bundesweiten Probleme“ werde aber nicht die Landesregierung lösen. Hier könne man nur auf „ein jahrelanges Durchhaltevermögen der kommenden Regierung hoffen“, um die „endlich angestoßene Sanierung der über Dekaden vernachlässigten Schienennetze zu Ende zu führen“. Seine Fraktion lehne die Anträge ab.

■ **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) freute die in der Debatte zutage getretene Zustimmung zum Ausbau des Schienennetzes und der Verlagerung des Gütertransportes auf die Schiene. Sie stimme dem Vorschlag zur Lockerung der Schuldenbremse als Finanzierungsquelle zu. Sie könne aber „überhaupt nicht“ David Wulff folgen, dass mehr Gleisanbindungen in „Sackgassen“ enden würden. In der Debatte wurden Unternehmen genannt, die nach Gleisanschlüssen suchten oder eine vom Lkw-Verkehr verstopfte Ortschaft erwähnt, deren Problem mit einer Schienenanbindung lösbar wäre.

Natürlich können Kommunen das nicht finanzieren, das sei ihr klar. „Aber wir haben auch Unternehmen, die bereit sind, mitzufinanzieren.“ Auch müsse das Land nicht alles allein machen, aber es „muss doch mit dabei sein“, damit auf allen Ebenen „an einem Strang“ gezogen werde, versuchte die Abgeordnete das Parlament zu überzeugen.

Den Änderungsantrag der CDU befürworteten der Einbringer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die AfD. SPD und DIE LINKE lehnten ab, die FDP enthielt sich.

Bei der ziffernweisen Abstimmung der Drucksache von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmten der Einreicher und die CDU für beide Ziffern. Die AfD stimmte nur der Ziffer II zu und lehnte Ziffer I ab. Die SPD und DIE LINKE lehnten beide Ziffern ab, während sich die FDP zweimal enthielt. Damit wurde der Antrag abgelehnt.

mye

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/3852
hierzu
Änderungsantrag CDU
Drucksache 8/3926

Meldungen

Landtag beschließt neues Finanzausgleichsgesetz

■ Der Landtag hat in zweiter Lesung das neue Finanzausgleichsgesetz beschlossen. Die Novelle sei notwendig, weil der Bund zusätzliche Mittel für Bundesprogramme zur Verfügung stellt, die die Gemeinden betreffen, sagte Martina Tegtmeier (SPD). Das Geld fließe unter anderem in die Bildung. Der Bildungserfolg der Kinder soll von deren sozialer Herkunft entkoppelt werden. Wie Innenminister Christian Pegel (SPD) ausführte, werden mit dem Geld mehrere Verbesserungen für die Kommunen erreicht. Es werde in den Katastrophenschutz und den Erhalt der Amtswehrführungen investiert. Es gebe auch Geld vom Bund für die kommunale Wärmeplanung und den Bildungsbereich, um beispielsweise Baumaßnahmen an Schulen zu unterstützen. Martin Schmidt (AfD) verwies auf Risiken in der Finanzplanung. So gebe es bis 2027 laut Steuerschätzung ein Defizit von 600 Millionen Euro. Auch müsse das Land wegen der laut Mikrozensus erheblich niedrigeren Einwohnerzahl bis 2027 mit einem Minus von 900 Millionen Euro rechnen. Es sei notwendig, dass das Land den Städten, Gemeinden und Landkreisen bei der Entlastung von Sozialkosten entgegenkomme, erklärte Marc Reinhardt (CDU).

Hier sei in erster Linie das Kita-Gesetz zu erwähnen. Dieses Gesetz sei daran schuld, dass viele Gemeinden keinen finanziellen Spielraum mehr haben. „Das Gesetz ist ein wichtiger Schritt, um die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Kommunen langfristig zu stärken“, sagte Dirk Bruhn (DIE LINKE). Es schaffe klare Regelungen und Sorge dafür, dass die Bundesmittel gezielt eingesetzt werden, ohne dass diese im allgemeinen Finanzausgleich versickern. Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) lobte das Startchancenprogramm, um die Bildung für alle Kinder zu gewährleisten. Auch der Bund habe erkannt, dass das Geld da gut eingesetzt werden kann. Es gelte aber: „Wer bestellt, muss zahlen.“ Das Land müsse dafür sorgen, dass das Geld in den Kommunen ankommt. „Die Kom-



Mit einer Ausstellung des Hallenser Künstlers Moritz Götze starteten die extra für den 250. Geburtstag Caspar David Friedrichs ins Leben gerufenen Ausstellungsräume in der Mühlenstraße (Greifswald) im Februar in das Jubiläumsjahr.

munen sind der stärkste Pfeiler unserer Demokratie“, sagte David Wulff (FDP). Das Geld müsse in die Kommunen gelenkt werden und sie trafen die Entscheidungen. „Wenn die Kommunen handlungsfähig sind, dann haben wir einen gut funktionierenden Staat.“

Erfolgreiches Kunstjahr 2024

■ 2024 ist Landeskunstjahr. Eine dazu von der SPD beantragte Aussprache wurde mehrmals verschoben, aber letztlich in der Juli-Sitzungswoche behandelt. MV gedenke der runden Todestage von Fritz Reuter sowie des Schriftstellers Uwe Johnson und feiere mit dem 250. Geburtstag von Caspar David Friedrich den „Superstar der Romantik“, formulierte es der Antragsteller. Einen weiteren „Meilenstein“ setzte der Spartenstich für den Rostocker Theaterneubau.

Alle Fraktionen würdigten die Jubiläen und sorgten sich zugleich über die begrenzten Finanzen der Kommunen für Kunst und Kultur. Zudem mische das sogenannte Herrenberg-Urteil des Bundessozialgerichts „Wasser in den Festtagswein“, mahnte die SPD. Demnach müssten Honorarkräfte an Musikschulen nun angestellt werden. Sowohl FDP als auch CDU forderten vom Land, hier Lösungen zu erarbeiten.

Der CDU missfiel zudem der späte Termin der Aussprache. Die Jubilare hätten mit ihrer Kunst „Geschenke“ hinterlassen.

Dem müsse besser gerecht werden.

Die Ehrung „herausragender Persönlichkeiten“ deutscher Kunstgeschichte sollte „selbstverständlich“ sein, betonte die AfD; sah jedoch die moderne Interpretation der Werke von Caspar David Friedrich kritisch.

Kunst bliebe durch neue Betrachtung im „ständigen Wandlungsprozess“ der Gesellschaft „lebendig“, hielt die FDP dagegen.

Als Folge der Ergebnisse der Kommunalwahlen fürchtete DIE LINKE eine veränderte Perspektive der von Förderung abhängigen „Kunst- und Kulturszene“.

Zur Wiederbelebung der Kulturförderung auf dem Land schlug BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Regionale Kulturbüros“ vor und bemängelte eine fehlende Kunsthochschule in MV.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig freute sich über den großen Erfolg des Kunstjahrs. Es wurde von der Landesregierung von Anfang an unterstützt, weil Kultur nicht „das Sahnehäubchen auf der Torte oder das Schlechtwetterangebot für Touristen“ sei, sondern „wesentlich für unser Land und seine Zukunft“.

Neue Regeln für Landtagssitzungen

■ Der Landtag von MV hat in der laufenden 8. Wahlperiode mit vier Oppositionsfraktionen eine bundesweit einzigartige Konstellation. Was gut für den demokratischen Diskurs ist, bleibt für die effiziente Organisation der Arbeit in den Sitzungs-

wochen eine Herausforderung. Denn seit Beginn der Legislatur ringen die Abgeordneten mit langen Sitzungen, über-vollen Tagesordnungen und vertagten Debatten. Darum wurde seit Monaten in den Fraktionen, Ausschüssen und im Parlament über zahlreiche Drucksachen mit Vorschlägen für angepasste Abläufe beraten.

In der Juli-Sitzungswoche setzte sich ein gemeinsam von FDP, SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausgearbeiteter Kompromiss durch.

Die wesentliche Änderung betrifft die Struktur der Rededauer: Die bisherigen Zeiten wurden halbiert und durch ein zusätzliches, frei verfügbares Zeitbudget pro Fraktion ergänzt. Das erlaubt den Fraktionen eine gezielte Schwerpunktsetzung und eine Verkürzung der Sitzungsdauer.

Außerdem können nun Debattenbeiträge in digitaler Form zu Protokoll gegeben werden. Ferner soll die Möglichkeit zur Gesamtabstimmung mehrerer Drucksachen einen Abstimmungsmarathon vermeiden. Neu ist auch, dass Dritten das Wort erteilt werden kann. Dies würde etwa dem Präsidenten des Landesrechnungshofs oder den Parlamentarischen Staatssekretären zugutekommen.

Weitere Anpassungen der Geschäftsordnung sind: Die Nachfragen auf Kleine Anfragen werden auf zwei begrenzt, für die Befragung der Landesregierung stehen jedem Abgeordneten drei Fragen zu und in jeder Debatte sind zwei Kurzinterventionen pro Fraktion erlaubt.

In der Schlussabstimmung zu diesen Neuerungen stimmte die CDU mit Nein, während sich die AfD und die fraktionslose Abgeordnete enthielten.

Der Änderungsvorschlag der CDU, die regulären Sitzungswochen einen Tag früher anzufangen sowie die Initiativen für öffentliche Ausschusssitzungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP konnten sich nicht durchsetzen.

*Gesetzentwurf der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

Drucksache 8/1923

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

Drucksache 8/1938

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 8/1943

*Antrag der Fraktionen der FDP, SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

Drucksache 8/3747(neu)

*Änderungsantrag der Fraktionen der
SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP*

Drucksache 8/3810

hierzu

Beschlussempfehlung Drucksache 8/3888

hierzu

Änderungsantrag der Fraktion der AfD

Drucksache 8/3914

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 8/3916

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 8/3924

*Änderungsantrag der Fraktionen der
SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP*

Drucksache 8/3927

AfD fordert Aufarbeitung der Corona-Pandemie

■ Seit dem Ende der Corona-Pandemie wächst das Interesse an ihrer Aufarbeitung. Die AfD betonte in einer von ihr beantragten Aussprache, sie erachte es als „Pflicht“, „zwischen Fakten und Verschleierung zu unterscheiden“. Denn die RKI-Protokolle zeigten, dass „politische Entscheidungen nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhten“. Darum forderte die AfD nicht nur eine Prüfung der Pandemiepolitik, sondern auch einen Untersuchungsausschuss, um „den Bürgern ein Stück Gerechtigkeit wiederzugeben“.

Dafür wollte die AfD in einem weiteren Tagesordnungspunkt das notwendige Quorum für einen Untersuchungsausschuss von derzeit einem Viertel der Abgeordneten auf ein Fünftel absenken. Die Überweisung der Drucksache wurde abgelehnt. In der Aussprache zeigten sich alle Fraktionen offen für eine Aufarbeitung, da eine Pandemie jederzeit wiederkommen kann. Die Meinungen darüber, wie diese zu bewerkstelligen sei, gingen aber auseinander.

Sozialministerin Stefanie Drese (SPD) gab zu, dass die Landesregierung „sicherlich nicht alles richtig gemacht“ habe, es hinsichtlich Transparenz aber keine Abstriche gab.

Die CDU erinnerte daran, wie die Entscheidungsfindung alle Beteiligten „bis an den Rand der Erschöpfung gebracht“ hatte. Man könne nicht „mit Bausch und Bogen einfach sagen, das war alles falsch“.

Als „sachfremd“ und von „Ideologie getrieben“ tadelte DIE LINKE die Ausführungen der AfD. Den Behauptungen fehlten „Einordnung“, „Belege“ und „Ernsthaftigkeit“.

Das Thema eigne sich nicht zur „Skandalisierung und Anklage“, befand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bat die AfD, „die Kirche im Dorf“ zu lassen.

Auch die FDP könne sich nicht mit einer Aufarbeitung wie bei einem „Tribunal“ anfreunden, aber „einfach aussitzen“ gehe auch nicht.

Die SPD plädierte für den Blick nach vorne. Menschen, die an Long Covid litten, bräuchten jetzt Hilfe. So werde Vertrauen geschaffen und die Menschen können endgültig aus der Pandemie geführt werden.

CDU-Fraktion will mehr Unterstützung für Landwirtschaft

■ Die CDU-Fraktion hat die Landesregierung aufgefordert, sich beim Bund für die zugesagte steuerliche Entlastung der Landwirtschaft einzusetzen. Es gehe darum, die Glaubwürdigkeit der Politik zu erhalten, sagte der CDU-Abgeordnete Thomas Diener. Weiter steigende Auflagen sorgten für eine schlechende Entlohnung der Landwirte und Bodeneigentümer. Agrarminister Dr. Till Backhaus (SPD) zeigte Verständnis für den Frust der Bauern. Er bewertete die Vorschläge der Bundesregierung zum Agrarpaket als ersten Anfang. „Ich bin damit aber auch nicht zufrieden.“ Er würde sich freuen, wenn es zur Steuerbefreiung bei nachwachsenden Rohstoffen komme. Der AfD-Abgeordnete Thore Stein zweifelte am Willen der Bundesregierung, Entlastungen auf den Weg zu bringen. Die Regierung werde gar nichts mehr umsetzen. „Ich glaube, die sind aktuell darum bemüht, den Schaden möglichst zu begrenzen und sich zu überlegen, wie sie jeweils als einzelne Akteure möglichst schadensfrei aus der Nummer herauskommen.“ Der Antrag der CDU sei geprägt von einer rückwärtsgewandten Sichtweise, die die Realitäten und Notwendigkeiten einer modernen Landwirtschaft ignoriert, betonte Dirk Bruhn (DIE LINKE). Zudem habe es die CDU in der Vergangenheit, als sie selbst Verantwortung trug, versäumt, die Landwirtschaft zu unterstützen. Die Landwirtschaft in ih-

rer Breite stehe nicht so schlecht da, wie es die CDU behaupte, erklärte Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). So hätten sich die Einkommen und Betriebsgewinne deutlich verbessert. Er setzte sich gegen die Kritik an Bundesagrarminister Cem Özdemir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Wehr. Sandy van Baal (FDP) verwies darauf, dass es sich bei dem Thema nicht um ein Landesthema handele. Sie hätte sich auch eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage gewünscht, betonte sie. Dies sei aber am EU-Recht gescheitert, da den deutschen Bauern sonst Wettbewerbsvorteile entstanden wären. Auch für Dr. Sylva Rahm-Präger (SPD) ging der CDU-Antrag ins Leere. Die Landesregierung habe bereits Anfang Februar 2024 einen Entschließungsantrag eingebracht – mit weitreichenderen Forderungen als sie im CDU-Antrag stünden. Der Antrag der CDU-Fraktion wurde bei Zustimmung der CDU, Enthaltung der AfD und Ablehnung aller übrigen Fraktionen abgelehnt.

*Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 8/3866*

Gleiche Bildungschancen für alle gefordert

■ Eine von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte Aussprache thematisierte Bildungsgerechtigkeit. Der Fraktion war wichtig, dass kein Kind „aufgrund seiner Herkunft, dem Bildungsstand seiner Eltern oder Armut einen vorgezeichneten Weg“ geht.

Denn bei der Einschulung zeigten sich in den sprachlichen Fähigkeiten Unterschiede „von bis zu 3 Jahren“. Darum müssen Kinder mit Sprachproblemen schon vor Schulbeginn gefördert werden.

Auch die anderen Fraktionen befürworteten frühkindliche Bildung und faire Chancen, verwiesen aber gleichzeitig auf die Defizite, die Kinder von Haus aus mitbrächten.

Bildungsministerin Simone Oldenburg (DIE LINKE) zitierte die vom ifo-Wirtschaftsforschungsinstitut für MV festgestellte bundesweit höchste „Chancengerechtigkeit“. Das liege an der hohen Kita-Besuchsquote und den begleitenden Landesinitiativen. Die Ministerin unterstrich die Verantwortung der Eltern, denn

„ohne ihr Mitwirken ist keine Maßnahme erfolgreich“.

Bildung sollte so früh wie möglich beginnen, stimmte die AfD zu. Aber für eine Verbesserung des „erschöpften Bildungssystems“ bräuchte es wohl „substanzielle Entschlüsse“ statt einzelne Maßnahmen. Die CDU fand die Argumentation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu „pessimistisch“. Sie unterstütze dennoch gezielte Initiativen oder eine Diskussion über ein „verpflichtendes Vorschuljahr“.

Es passiere „eine Menge, trotz schwieriger Bedingungen“, hielt die SPD dem Antragsteller entgegen und appellierte, „vor allen Dingen an die Eltern“, Förderangebote wahrzunehmen.

Die FDP regte ein „Umdenken“ hin zu „innovativen Lösungen“ an und empfahl das französische Modell der „L'école maternelle“ zur frühkindlichen Bildung für Kinder ab 2 Jahren.

„Armut ist eine der größten Barrieren für Bildungsgerechtigkeit“, stimmte DIE LINKE zu. Doch frühe Bildung funktioniere auf keinen Fall ohne die Familien, sondern nur „wenn alle an einem Strang ziehen“.

FDP will Unternehmensnachfolge finanziell fördern

■ Die FDP-Fraktion hat einen Fonds in Höhe von acht Millionen Euro gefordert, von dem Unternehmensnachfolger profitieren können. Dieser Fonds soll aus dem Kapitalmarkt gespeist und teilweise durch Landesbürgschaften abgesichert werden, sagte David Wulff (FDP). Daraus könnten Nachfolgeprojekte mit bis zu 200 000 Euro Eigenkapital finanziert werden. Finanzminister Dr. Heiko Geue (SPD) verwies auf zahlreiche, bereits bestehende Hilfen. So unterstütze der Bund mit dem ERP-Sondervermögen (European Recovery Program) und der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) Nachfolger mit kreditfinanzierten Förderangeboten mit bis zu 500 000 Euro. Zudem gebe es Angebote der Bürgschaftsbank. Unternehmensnachfolgen scheitern nach Ansicht von Martin Schmidt (AfD) an hohen Kosten und Steuern, Rohstoffverknappung, teurer Energie und Bürokratie. Deshalb wollten sich nur noch wenige Menschen selbstständig machen. Die Frage der Finanzierung sei zentral bei der Unterneh-

mensnachfolge, sagte Wolfgang Waldmüller (CDU). Der Ansatz der FDP sei sehr pragmatisch. „Einfach mal machen.“ Auch Henning Foerster (DIE LINKE) verwies auf einen relativ breiten Fächer von Fördermöglichkeiten, die potentielle Unternehmensnachfolger in Anspruch nehmen können. Er könne da keine Lücke erkennen, in die die FDP-Idee passen könnte. Für Jutta Wegner (FDP) blieben viele der FDP-Angaben unklar. „Warum genau acht Millionen Euro, und warum nicht fünf oder zehn Millionen?“ Unklar sei auch, ob das Geld zurückgezahlt werden müsse und zu welchen Konditionen. Wie könnten Mitnahmeeffekte verhindert werden? Beim Umgang mit der Unternehmensnachfolge tauche die Frage der sozialen Absicherung von Unternehmen auf, sagte Christian Winter (SPD). Viele Bundesregierungen hätten es seit Jahrzehnten versäumt, sich um die Absicherung insbesondere von Kleinstunternehmen, aber auch von Selbstständigen generell zu kümmern. Der Antrag wurde bei Zustimmung von FDP, CDU und der fraktionslosen Abgeordneten, Enthaltung von AfD und Gegenstimmen von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

*Antrag der FDP-Fraktion
Drucksache 8/3623*



Enrico Schult (AfD) stellt eine Frage an Innenminister Christian Pegel.

Fotos: Danny Gohlke

Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.

Enrico Schult, AfD:

Geplante Flüchtlingsunterkunft in Ziesendorf

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister Pegel! Auch meine Frage bezieht sich auf eine Flüchtlingsunterkunft, auf die geplante Flüchtlingsunterkunft in Ziesendorf. Dort ist es meines Erachtens besonders bizarr, weil es wirklich eine Gewerbeimmobilie ist, die jetzt quasi als Flüchtlingsunterkunft umgebaut wurde. Die Infrastruktur ist auch nicht unbedingt geeignet, dort Flüchtlinge unterzubringen. 125 sollen es sein, nach meinem Kenntnisstand in einem Ort mit 600 Einwohnern. Dennoch ist das Informationsbedürfnis der Einwohner dort sehr hoch.

Und da würde ich, Herr Pegel, nach dem aktuellen Sachstand mich erkundigen. Wie ist der aktuelle Sachstand? Wann werden dort Flüchtlinge einziehen? Wie viele werden es sein? Welche Nationalität? Und wie lange wird diese Unterkunft vielleicht betrieben? Haben Sie da Erkenntnisse? Danke!

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Abgeordneter! Ich wiederhole es gerne, wie schon die letzten zweieinhalb Jahre, es gibt eine klare Aufteilung, Arbeitsteilung im Land. Das Land betreibt die Erstaufnahmeeinrichtungen. Da kann ich Ihnen immer relativ gut sagen, was wir bauen, wo wir bauen, wie wir bauen, weil wir das selber tun in unserer Einrichtung. Da kann ich Ihnen auch sagen, wen wir dort haben, wie wir dort entsprechende Verteilungen vornehmen.

Ab der Stelle, wo wir es in die Landkreise und kreisfreien Städte abgeben, funktioniert das nach Quoten. Das heißt, jeder unserer Landkreise hat an den Beteiligten, die zu uns kommen und die dann zu einem späteren Zeitpunkt im Land in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden müssen, eine Quote abzunehmen. Und die Personen setzen sich dann jeweils aus den Zugängen, die wir ja nicht gezielt



Enrico Schult (AfD)

haben, sondern die sich nach jeweiligem Zukommen auf uns zusammensetzen – ich kann also nicht sagen, ob morgen Iraner kommen, Syrer, Afghanen oder Ukrainer, sondern ich bin davon abhängig, wer tatsächlich kommt –, diese Zahlen geben wir weiter. Und die Landkreise und kreisfreien Städte organisieren für sich auf ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet die Unterbringungsmöglichkeiten.

Ich kann mich erinnern, dass hier im Landtag in den letzten zweieinhalb Jahren wiederholt die Forderung im Raume stand, dezentraler unterzubringen, als das bislang zuweilen erfolgt sei. Ich habe den Eindruck, die Landkreise bemühen sich – müssen auch, weil die Unterbringungssituation nicht ganz einfach ist –, auf verschiedene Immobilien zuzugreifen.

Und da würde ich die Formulierung, es sei bizarr, nicht ganz naheliegend finden. Ich weise darauf hin, dass die Unterbringung an verschiedenen Stellen im Land durchaus auch in Gewerbegebieten erfolgt. Das sind

Gemeinschaftsunterkünfte, die haben eine besondere Rolle. In den Gemeinschaftsunterkünften wird eine weitgehende, beinahe vollumfängliche soziale und auch sportlich-kulturelle Betreuung stattfinden. Das ist in anderen Einrichtungen auch so, das kann der Landkreis aber besser darlegen im Kreistag, als ich es kann,

(Zuruf von Katy Hoffmeister, CDU)

weil das, noch mal, seine Aufgabe ist, die er umsetzt. Aber wenn Sie in die Einrichtungen hineinschauen, die wir haben, ist es ja eben nicht so, dass man Menschen in eine Wohnung setzt und sagt, ab heute seid ihr einsam und allein, sondern wir bezahlen ja auch als Land den Landkreisen und kreisfreien Städten durchaus erhebliches Geld, damit entsprechende Betreuungsinstitutionen vor Ort sind, 24 Stunden am Tag Sicherheitsdienste vor Ort sind, weil da findet ja auch in den jeweiligen Einrichtungen neben Sprachunterricht auch erhebliche Unterhaltung, Begleitung, Freizeitgestaltung statt, sodass das auf das Gewerbegebiet gar nicht entscheidend ankommt.

Präsidentin Birgit Hesse:

Herr Schult, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Enrico Schult, AfD:

Ja, sehr gerne, Frau Präsidentin! Herr Pegel, Sie sagten es, natürlich kommt das Land für die Kosten auf. Daher wird ja wahrscheinlich auch ein Austausch stattfinden zwischen Ihnen und den Landkreisen. Sie haben völlig recht, die Landkreise sind für die Unterbringung zuständig. Gleichwohl ist es ja das Land, das quasi diese Flüchtlinge zuweist. Ich frage Sie dennoch noch mal konkret zur Unterbringungssituation in dem Landkreis Rostock. Gibt es dort noch Kapazitäten? Können Sie da Aussagen zu treffen? Ist es so, dass einige Unterkünfte noch freie Kapazitäten haben, dass es eventuell dieses Flüchtlingsheim dort in Ziesendorf gar nicht bräuchte? Ja, das ist meine Frage dazu.

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich vertraue da sehr denen, denen wir Aufgaben in die Hand geben. Ich sehe, dass überall Druck da ist, Unterbringungen zu gewährleisten, und gehe davon aus, dass der Landkreis Rostock sehr genau einschätzen kann, welche Kapazitäten er benötigt, zumal er nach meiner Erinnerung an zwei oder drei Standorten auch zeitlich befristet nur Kapazitäten nutzen konnte, weil er zum Beispiel im Winter Unterbringungsmöglichkeiten an Stellen genutzt hat – ich habe Karls Erdbeerhof in Erinnerung –, wo, glaube ich, jetzt zur Erntesaison die ihre Unterkünfte wieder selber brauchen, sodass der Landkreis unentwegt da auch nach neuen Kapazitäten Ausschau hält. Wo er genau in welchem Umfang Kapazitäten bereits ausgeschöpft hat, kann ich Ihnen von dieser Stelle nicht sagen, sondern wir kriegen Rückkopplungen, ob noch Bedarfe da sind. Daran haben wir keine Bedenken.

Und weil Sie fragen nach der Finanzierung, ja, die mit der einen Anmietung nach bisherigem Kenntnisstand einhergehenden Kosten, ich habe den Eindruck, da sind noch Restverhandlungen mit dem Vermieter offen. Aber das, was wir bislang kennen, halten die Kolleginnen und Kollegen nach bisheriger Prüfung durchaus als erstattungsfähig. Das ist der Prüfschritt, den das Land im Übrigen vornimmt. Wenn eine neue Unterkunft eröffnet wird, kommt ein Landkreis, eine kreisfreie Stadt auf uns zu, benennt uns, was voraussichtlich Platzkosten oder Pro-Kopf-Kosten sein werden. Und dann muss das Land, weil wir eben 100 Prozent der Kosten zurückerstatten, zumindest einmal zustimmen. Wir kriegen also eine Vorabchance, zumindest einmal auf die Kosten zu schauen. Alle anderen Dinge bleiben aber richtigerweise in der Verantwortung der Beteiligten vor Ort. – Herzlichen Dank!



Constanze Oehrich, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Betreiber für Erstaufnahmeeinrichtung

Frau Präsidentin! Herr Minister, bislang wurden ja die Landeserstaufnahmeeinrichtungen in Nostorf-Horst bei Boizenburg und deren Außenstelle in Schwerin Stern Buchholz von der Hilfsorganisation Malteser betrieben. Nun ist der Betrieb der Aufnahmeeinrichtung offenbar an das Privatunternehmen European Homecare vergeben worden.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

PRO BLEIBERECHT kritisiert die Vergabe, also die Initiative befürchtet eben Einsparungen beim Personal und gerade auch im sozialen Bereich. Nach einem Artikel, der im „Nordkurier“ erschienen ist, zählt das Unternehmen European Homecare mit Sitz in Essen zu den größten Betreibern von Geflüchtetenunterkünften in Deutschland. Das Unternehmen betreibt nach eigenen Angaben deutschlandweit rund 120 unterschiedliche Betreuungseinrichtungen, hat rund 2.200 Mitarbeiter/-innen. In einer von der Firma geführten Notunterkunft in Nordrhein-Westfalen seien, so der Bericht weiter, im Jahr 2014 Geflüchtete von Wachpersonal und Betreuern schikaniert und geschlagen worden.

Ich frage die Landesregierung – es scheint ja tatsächlich so, dass der Zuschlag erteilt wurde, dass European Homecare jetzt und nicht die Malteser die Betreuung übernehmen werden nach den beiden Standorten –: Warum, nach welchen Kriterien ist diese Entscheidung erfolgt?



Innenminister Christian Pegel beantwortet die Frage von Constanze Oehlrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fotos: Danny Gohlke

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat sind die Erstaufnahmeeinrichtungen, die das Land selbst betreibt. In dem Kontext stellen wir dann auch über Verträge sicher, dass vor Ort auf der einen Seite Sicherheit gewährleistet ist, das tun wir mit Sicherheitsfirmen, aber insbesondere die Betreuung der Menschen gewährleistet ist, und das tun wir über ein Unternehmen, das quasi wie ein Generalunternehmer die Dienstleistungen in den Einrichtungen für uns wahrnimmt.

Diese Dienstleistungsverträge sind schlichte Verträge nach dem Vergaberecht, die alle fünf Jahre ausgeschrieben werden. Das passiert nicht zum ersten Mal, sondern ist auch in der Vergangenheit geschehen. Wir befinden uns in einem Vergabeverfahren, das noch nicht abgeschlossen ist, von daher kann und darf ich Ihnen dazu keine Auskünfte zu Details geben.

In der Sache selbst haben Sie bei solchen Vergabeverfahren immer mehrere Bewerbungen. Ich nehme aber zur Kenntnis, dass momentan alle überzeugt sind, die einen sind die, die es gut machen – das würde ich im Übrigen unterschreiben, die Malteser haben da hervorragende Arbeit geleistet –, ich kann mich aber auch an kritischere Stimmen in Einzelfällen, auch aus Organisationen,

die Flüchtlinge begleiten, auch zu deren Arbeit immer mal an einzelnen Punkten erinnern. Ich bin beruhigt, dass wir heute alle überzeugt sind, deren Arbeit war da durchgängig gut. Das will ich im Übrigen ganz ausdrücklich unterschreiben.

Aber im Vergabeverfahren gibt es ein Kriterium, das nennt sich Preis, und es gibt ein zweites Kriterium, das Sie sich aussuchen können, wenn Sie es als Ausschreibender wollen, das haben wir getan, indem wir gewisse Voraussetzungen in Qualität, im Konzept und so weiter fordern, und die Beteiligten sich dann dazu äußern können und ihre konzeptionellen Ideen noch vertieft vorstellen können. Beide Kriterien gehen in so eine Vergabeentscheidung ein.

Das Unternehmen, das hier kritisiert wird – das nehme ich in den Medien auch wahr, und ich höre manchmal Zwischenstimmen raus, warum habt ihr die nicht gleich ausgeschlossen –, die hatten 2014 mal einen Vorfall. Wenn ich seit 2014, so offenbar der Vortrag in allen Medienlagen, 120 bis 130 Einrichtungen in Deutschland betriebe und offenbar keine weiteren Vorfälle dieser Dimension zumindest hatte, werden Sie vor keinem vergaberechtlichen Prüfungsinstrument dieser Welt durchstehen, dass Sie einen Marktteilnehmer aus dem Vergabeverfahren geworfen haben. Da bräuchten Sie eine Unzuverlässigkeit, die weit darüber hinausgeht,

oder umgekehrt, 120 Einrichtungen, die in Deutschland betrieben werden, sind ein Zuverlässigkeitskriterium, das Sie schwer wegstreichen.

Und das gilt dann – gälte, wenn man dieses Unternehmen dabei hätte – in Mecklenburg-Vorpommern noch mal umso stärker, weil auch hier im Lande dieses Unternehmen wiederholt schon Gemeinschaftsunterkünfte, also auf Kreis-, Landkreis- und Kreisfreier-Stadt-Ebene Betreuungen übernommen hat, im Übrigen auch mal gewonnen und wieder verloren. Also auch das Unternehmen ist dann in den Landkreisen und kreisfreien Städten bei späteren Ausschreibungen wieder unterlegen, betreibt aber nach meiner Erinnerung in Vorpommern-Greifswald zwei oder drei Einrichtungen, zum Teil seit gut 10/11 Jahren, ohne dass ich jetzt gehört hätte, dass wir dort Dauer-schwierigkeiten hätten.

Von daher ist das, wenn sie sich beteiligt haben, ein normaler Marktteilnehmer. Mag uns beiden nicht gefallen, aber das wird wie eine normale Marktteilnahme in die Ausschreibungen und Vergabe gegeben und dann kann ich nicht willkürlich einzelne Beteiligte rausnehmen.

Präsidentin Birgit Hesse:

Frau Oehlrich, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Gerne. Herr Minister, ich habe gehört, dass die Vergabe gerade auch des Betriebs, des Betreibens von Geflüchtetenunterkünften allein oder zu einem sehr großen Teil nach wirtschaftlichen Kriterien erfolgt. Wie wird denn die Landesregierung eine menschenrechtskonforme Betreuung von Geflüchteten durch European Homecare – oder wer auch immer es wird – sicherstellen?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Genau wie bei jeder anderen Leistung. Sie schreiben ja auch keine Bauleistung aus und sagen, ich will irgendwas bauen, und warten dann, dass der Markt Ihnen vorschlägt, ein Einfamilienhaus, ein Zweifamilienhaus, eine Garage oder ein Carport, sondern Sie geben ja einen Dienstleistungsinhalt vor. Es gibt umfangreiche Betreuungs- und Sicherheitskonzeptionen, die selbstverständlich Teil der Angebotsunterlagen sind, wo genau drinsteht, was wir mindestens erwarten, was umzusetzen ist, was zu leisten ist, und die müssen mit Kosten untersetzt werden, und auf die bezogen findet die Ausschreibung statt. Und selbstverständlich ist darin beinhaltet, dass es nicht nur eine menschenwürdige, sondern eine vernünftige, gute Unterbringung ist, wie wir sie kennen.

Im Übrigen unterscheiden sich diese Sicherheits- und Betreuungskonzepte nicht wesentlich von dem, was wir aus der Vergangenheit kennen. Sie haben gerade darauf hingewiesen, dass aus Ihrer Sicht das, was die Malteser dort leisten, gut ist. Noch einmal, teile ich, aber auch die haben ein Stück weit bei der letzten Vergabe auf solche Sicherheits- und Betreuungskonzepte aufgesetzt. Von daher ist das selbstverständlich mit klaren Maßgaben, was erwarten wir von einem Unternehmen, von einem Dienstleister, der für uns tätig ist, untersetzt, und genau darauf wird dann geboten.

Marc Reinhardt, CDU:

Umgang mit Mindereinnahmen durch Bevölkerungsrückgang

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! Im Finanzausschuss hat der Finanzminister über den Zensus berichtet und was das für Mindereinnahmen für den Landeshaushalt bedeutet. Er hat davon gesprochen, dass es rückwirkend 175 Millionen für die Jahre 2022 und 2023 sind, sogar 368 Millionen für den Doppelhaushalt 2024/2025 und dann ab 2026 rund jährlich 200 Millionen Euro.



Marc Reinhardt (CDU) stellt eine Frage an Innenminister Christian Pegel.

Fotos: Danny Gohlke



Marc Reinhardt (CDU)

Mich interessiert deshalb die Frage: Können Sie sagen, was das für die Kommunen im Land Mecklenburg-Vorpommern für die Jahre 2022/2023, 2024/2025 und ab 2026 heißt, wie viel sie bei einem entsprechenden Bevölkerungsrückgang, mit wie viel weniger Einnahmen sie rechnen müssen?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern – im Übrigen, glaube ich, gemeinsam in einem Gesetz verankert, in den gemeinsamen Regierungszeiten – eine Beteiligungsquote der kommunalen Familie, die nach einem sogenannten Gleichmäßigkeitsgrundsatz funktioniert. Das heißt, wenn Einnahmen steigen, profitieren alle gleichmäßig, wenn sie zurückgehen, zum Beispiel geringere Steuereinnahmen infolge von Wirtschafts-, Konjunkturschwankungen, oder aber in der jetzigen Situation, wenn sich Einwohnerzahlen nach unten korrigieren und damit einwohnerbezogene Zuwei-

sungen für Steuern und andere Mittel der Bundesregierung sich reduzieren – die Beteiligungsquote beträgt derzeit 31,051 Prozent –, das heißt, wenn ich einen Euro weniger bekomme als Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, sind die Kommunen in der Schlüsselmasse mit 31... Cent dabei, und das gilt dann auch an dieser Stelle.

Für die Jahre 2024 und 2025 haben wir allerdings Finanzausgleichsleistungen, die im Haushaltsgesetz ja fest vorgegeben sind. Und wir haben Regelungen wiederum im FAG, dass, wenn sich bei einer nachträglichen – passiert am Jahresende jeden Jahres –, bei einer nachträglichen Abrechnung erweist, dass entweder die Kommunen weniger Geld vom Land bekommen haben, weil die geplanten Einnahmen geringer waren als die wirklich erreichten, dann gibt es einen Nachschlag für die Kommunen, weil sie ja tatsächlich eigentlich hätten mehr bekommen müssen, um die 31 Prozent zu erreichen, knapp über 30 Prozent zu erreichen. Alternativ, wenn die kommunale Familie, weil wir Einnahmen geplant hatten, die aber nicht in voller Höhe erreicht worden sind auf Landesseite, also am Ende zu viel bekommen haben – der Landeshaushalt sieht eben eine gewisse Zuweisung vor, es erweist sich aber im Nachgang, dass die Einnahmen nicht in der Höhe eingetreten sind, wie zunächst erhofft und erwartet –, dann wird

ebenfalls im Nachgang eine Verrechnung vorgenommen. Die Verrechnung des Flusses erfolgt also, wenn die Kommunen von uns als Land Geld bekommen, im Folgejahr, wenn ein Minus auftritt, immer im darauffolgenden Jahr, und genau diese Mechanismen würden hier auch entsprechend greifen.

Was das ganz konkret ausmacht, werden Sie mit Ihren Kenntnissen aus dem Finanzausschuss offen eingestanden besser bemessen können, als ich das kann. Wir werden die entsprechenden Daten jetzt sukzessive mit dem Finanzministerium runterbrechen und dann im Übrigen, das gilt ja auch für die Ministerien, im Landeshaushalt wissen, wie wir damit umgehen.

Es gibt einen zweiten Effekt auf der kommunalen Seite. Die Verteilung unter den Kommunen richtet sich ja gleichermaßen nach Köpfen, Erwachsenenköpfen und Kindern, die jeweils unterschiedliche Werte des Landes bei der Zuweisung von Mitteln über das FAG bedeuten. Auch da verändern sich Einwohnerzahlen, das heißt, auch innerhalb der kommunalen Familie, also sozusagen im Verteilungsmaßstab unter denen, werden sich Anpassungen ergeben. Die werden sich allerdings schon ab diesem Jahr auswirken, weil die Zahlungen 2024 zunächst unter Vorbehalt geleistet worden sind, dass sich die Einwohnerzahlen im Nachgang als richtig erweisen. Da wird also dann zeitnäher schon eine Korrektur stattfinden. Auch die kann ich Ihnen aber in Euro derzeit nicht benennen, sondern das wird sich erst bei entsprechenden Berechnungen möglich machen müssen.

Präsidentin Birgit Hesse:

[...] Herr Reinhardt, möchten Sie eine Nachfrage stellen? Bitte!

Marc Reinhardt, CDU:

Ja, gerne.
Ich würde da gerne beim zweiten Punkt bleiben, den Sie gerade angesprochen haben. Da kann es ja dazu kommen, dass es bei einigen

Kommunen, die möglicherweise einen sehr starken Einwohnerrückgang haben – mitunter ist ja prognostiziert, über 20 oder sogar bis zu 30 Prozent –, plant da die Landesregierung Maßnahmen, um ganz besondere Härten, die ja da auftreten können bei einigen Kommunen, abzumildern?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Härten würden wir uns erst mal anschauen wollen. Ich habe den Eindruck, wir sind, wenn ich die großen Verlustträger anschau, in Gemeinden, die mir nicht von Anfang an mit finanziellen Problemen bekannt wären, wenn ich da vor allen Dingen auf die touristischen Hochburgen schaue, gleichwohl wird man schauen müssen, welche Auswirkungen das hat. Zurzeit gibt es aber keine konkreten Pläne, sondern erst einmal schauen wir, welche Wirkungen das in sich haben wird.

Noch einmal, es wird innerhalb der Familie, der kommunalen Familie, Verschiebungen geben. Die werden dann aber, noch mal, beeinflusst werden durch die Gesamtmasse. Das sind zwei Rechenoperationen, die hintereinanderstehen, und wir schauen dann mal, wer mit welchen Schwierigkeiten tatsächlich umzugehen hat.

Ich habe vor allen Dingen große Verluste gesehen bei touristischen Hotspots, bei denen in der Regel die Eigeneinnahmeseite durch Gewerbesteuererinnahmen sich oft in den vergangenen Jahren sehr positiv dargestellt hat, und auch die bisherigen Zuweisungslagen. Ich habe also eher Kommunen, ich will nicht behaupten, den Gesamtüberblick zu haben, aber die, die mir vor Augen sind, im Blick, bei denen ich Hoffnung habe, dass es ihnen selbstverständlich wehtut, das tut es uns als Land auch, wir verlieren ja auch relativ in Deutschland, aber von denen ich Hoffnung habe, dass sie ein Stück leichter damit umgehen können.



David Wulff (FDP)

David Wulff, FDP:

Ausstattung des Service- und Kompetenzzentrums des Landeskriminalamtes

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! [...] kommen wir jetzt [...] zur Polizei, und zwar, am 03.07. gab es eine Pressemitteilung, dann leider zu kurzfristig für den letzten Innenausschuss, dass jetzt ein digitales Service- und Kompetenzzentrum eingerichtet wird vom LKA und dort insbesondere die Bedeutung der Internetkriminalität, Cybercrime, Tatort Internet entsprechend hervorgehoben wurde. Das begrüße ich an der Stelle ausdrücklich. Das habe ich auch immer wieder gefordert, dass das wichtig ist und dass wir gerade in dem Bereich unterstützen müssen.

Mich interessiert allerdings, wie wird dann dieses neue Service-, digitale Service- und Kompetenzzentrum ausgestattet sein und zu welchen Lasten geht das dann.

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin nicht sicher, ob das nicht schon Gegenstand gewesen ist Ihres Besuches als Innenausschuss im LKA vor anderthalb/zwei Jahren.

Hintergrund ist, dass das, was dort jetzt formal so ist, dann Juristerei und Verwaltung formal in eine Organisationsstruktur eingebettet worden ist, bereits seit geraumer Zeit praktiziert wird. Im LKA war seit Längerem, es gibt da schon viele, viele Jahre verschiedene Kompetenzen im IT- und Digitalbereich, die verteilt sind

Foto: Danny Gohlke

Befragung der Landesregierung



Innenminister Christian Pegel

bloß auf verschiedene Abteilungen, weil die in der Regel aus gewissen Bereichen heraus gewachsen waren, und man hat – nach meiner Erinnerung muss das noch der Kollege Renz unterschrieben haben, könnte sogar schon Herr Caffier gewesen sein – eine Idee entwickelt, dass man diese verschiedenen Beteiligten, die ohnehin kooperieren mussten und das irgendwie auch informell taten, in der Behörde tun sie es dann immer mal so, dass sie ihrem Referatsleiter schreiben, der schreibt dem Abteilungsleiter, der dem Behördenleiter, und der gibt es dann zu dem anderen zurück, es sei denn, Sie machen es halblegal informell, der Versuch war, die zusammenzuführen. Das hat man in einem Projekt getan und mehrjährig erprobt, hat dabei im Übrigen auch Dinge noch wieder rausgenommen, wo man sagt, das macht keinen Sinn, die dazunehmen, weil die vielleicht woanders eine bedeutsame Rolle spielen oder mehr Schnittstellen haben, und andere Bereiche hat man hinzugenommen.

Das, was wir dort haben, sind also die Kompetenzen, Fähigkeiten und Ressourcen, die man über viele Jahre hatte und zum Teil ja auch wiederholt gestärkt hat, weil eben diese Aufgabe wichtiger geworden ist, die jetzt aber aus dem Projekt überführt worden ist in eine reguläre Abteilung. Noch mal, so haben die schon gearbeitet. Aber das ist jetzt das, was wir damit langfristig abschließen und sagen, Projekt war erfolgreich. Das, was wir gelernt haben im Projekt, ist dann schon berücksichtigt gewesen und wird jetzt in eine Abteilung gegossen.



David Wulff (FDP) befragt Innenminister Christian Pegel.

Fotos: Danny Gohlke

Präsidentin Birgit Hesse:

Herr Wulff, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

David Wulff, FDP:

Ja, eine kurze. Also ich entnehme dem, also im Wesentlichen ist es halt die organisatorische Zusammenstellung des Personals, was eh schon mit den Themen gefächert unterwegs war. Folgt dann jetzt auch eine materiell bessere Ausstattung? Weil das wurde ja tatsächlich häufiger auch mal kritisiert, gerade beim Thema Softwarelizenzen, die gebraucht wurden, um bestimmte Tathergänge ja entschlüsseln beziehungsweise rekonstruieren zu können, beziehungsweise auch Geräte, um Smartphones zu entsperren, auslesen zu können. Das sind so einige Beispiele, wo wir auch in Haushaltsberatungen schon mal drüber gesprochen hatten.

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das wird genau wie bislang in Haushaltsberatungen weiter eine Rolle spielen. Ich glaube, dass wir nicht so schlecht ausgestattet sind, wie mancher Unkenruf – der völlig okay ist, das gehört zum Spiel von Oppositions- und regierungstragenden Koalitionsfraktionen dazu – zuweilen vorträgt. Aber selbstverständlich weisen die Kolleginnen und Kollegen zu Recht

darauf hin, dass sie mit Entwicklungen mitwachsen müssen. Ich glaube, dass wir ein bisschen achtgeben müssen – das LKA ist dann oft noch mal anders ausgestattet und, ich fürchte, aus Sicht der Kolleginnen und Kollegen in den Kriminalkommissariaten und -inspektionen aus deren Sicht besser, als das in den jeweiligen dahinterliegenden Bereichen der Fall ist –, dass wir immer ein bisschen achtgeben müssen, an welcher Stelle wer welche Beschwerde führt.

Es gibt also hohe Interessenlagen, vor allen Dingen auch in den Kriminalkommissariaten und -inspektionen, da zum Teil Dinge auch zu stärken, die bisher ins LKA gegeben werden müssen, um dann zurückgespielt zu werden.

Da ist einiges passiert, aber es wird ein kontinuierlicher Prozess bleiben. Wir werden bei der Digitalisierung nie fertig sein, weil sich die Außenbedingungen verändern. Der Versuch ist hier vor allen Dingen, die zusammenzuführen und damit Synergien zu schöpfen. Das ist in dem Projekt ganz gut bewiesen worden. Und jetzt wird es auch darum gehen, mit den Ressourcen, die wir haben, und zum Teil natürlich auch mit Stärkungen dafür Sorge zu tragen, dass das, was wir da an Synergien schöpfen, dann noch einmal gestärkt wird.

Laufende Gesetzgebung

Stand: 17. Juli 2024

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/3753	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Lobbyregisters für Mecklenburg-Vorpommern (Lobbyregistergesetz Mecklenburg-Vorpommern – LobRG M-V)	-	1. Lesung: 12.06.2024 Ablehnung der Überweisung
8/3792	FDP	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Vergaberechts in Mecklenburg-Vorpommern	Innenausschuss	1. Lesung: 10.07.2024 Ablehnung der Überweisung
8/3850	Landes- regierung	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Umsetzung der Verhältnismäßigkeitsrichtlinie [Richtlinie (EU) 2018/958] vor Erlass neuer Berufsreglementierungen im Bereich der Körperschaften des öffentlichen Rechts und im Volksabstimmungsgesetz	Rechtsausschuss	1. Lesung: 10.07.2024 in Beratung
8/3851	Landes- regierung	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Übersetzungsgesetzes	Innenausschuss	1. Lesung: 10.07.2024 in Beratung
8/3855	SPD, DIE LINKE	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes	-	1. Lesung: 10.07.2024 in Beratung
8/3860	AfD	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes	-	1. Lesung: 10.07.2024 Ablehnung der Überweisung
8/3861	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Absenkung des Quorums für die Herbeiführung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses	-	1. Lesung: 10.07.2024 Ablehnung der Überweisung

Abgeschlossene Gesetzgebung

– im Plenum am 10. Juli 2024 entschieden | Stand: 17. Juli 2024

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/1923	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	1. Lesung: 22.03.2023 2. Lesung: 10.07.2024	Ablehnung
8/1938	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	FDP	1. Lesung: 22.03.2023 2. Lesung: 10.07.2024	Ablehnung
8/3441	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesfischereigesetzes	Landes- regierung	1. Lesung: 14.03.2024 2. Lesung: 10.07.2024	Annahme
8/3461	Entwurf eines Gesundheitsforschungsstärkungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	Landes- regierung	1. Lesung: 14.03.2024 2. Lesung: 10.07.2024	Annahme
8/3556	Entwurf eines Gesetzes zum Fünften Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Fünfter Medienänderungsstaatsvertrag)	Landes- regierung	1. Lesung: 24.04.2024 2. Lesung: 10.07.2024	Annahme
8/3600	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Lehrerbildungsgesetzes	Landes- regierung	1. Lesung: 24.04.2024 2. Lesung: 10.07.2024	Annahme
8/3615	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Anpassung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern	SPD, DIE LINKE	1. Lesung: 24.04.2024 2. Lesung: 10.07.2024	Annahme
8/3739	Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des IT-Staatsvertrages	Landes- regierung	1. Lesung: 12.06.2024 2. Lesung: 10.07.2024	Annahme

Finanzausschuss auf Informationsfahrt in Paris

Foto: Landtag MV



Finanzausschuss im Plenarsaal der UNESCO

Der Finanzausschuss hat vom 17. Juni bis zum 21. Juni 2024 eine Informationsfahrt nach Paris durchgeführt, um sich über verschiedene finanzrelevante Themen und deren Behandlung in Frankreich zu informieren sowie sich hierzu mit Vertretern verschiedenster Institutionen auszutauschen.

Die Mitglieder des Finanzausschusses kamen insbesondere zu den folgenden Themen mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft vor Ort ins Gespräch:

- fiskalische Herausforderungen bei Infrastrukturverbesserungen, insbesondere im Straßenbau
- ökonomische Folgen von Tierseuchen und deren Bekämpfung am Beispiel der Afrikanischen Schweinepest
- die Arbeit der Deutsch-Französischen Außenhandelskammer
- die Arbeit und mögliche Feststellungen der Europäischen Bankenaufsicht
- die Arbeit der UNESCO und der OECD

Die Delegation des Finanzausschusses des Landtages landete am Montag, den 17. Juni 2024, gegen 18:00 Uhr, auf dem

Flughafen Charles de Gaulle (CDG) und wurde dort durch einen Vertreter der Deutschen Botschaft in Paris in Empfang genommen. Anschließend folgte am Anreisetag nur noch die Fahrt zum Hotel.

Am Dienstag, den 18. Juni 2024, hat der Finanzausschuss zunächst die renommierte, im Rhythmus von zwei Jahren stattfindende Rüstungsmesse „Eurosatory“ besucht. Die Ausschussmitglieder erkundeten hier die verschiedenen Hallen eigenständig und kamen unter anderem auch mit Vertretern der deutschen Aussteller, wie beispielsweise Rheinmetall, ins Gespräch.

In einem weiteren Termin kamen die Ausschussmitglieder mit dem Vorsitzenden der European Banking Authority (EBA), José Manuel Campa, ins Gespräch, welcher unter anderem erläuterte, dass die EBA eine europäische Institution sei. In Deutschland gebe es neben der Bundesbank für die Bankenaufsicht noch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Auf der europäischen Ebene sei die EBA zuständig. Die EBA habe 250 Mitarbeiter, die aus allen 27 Nationen der EU kommen würden. Den Ausschussmitgliedern wurde die Geschichte der Errichtung der EBA vermittelt. Insbe-

sondere gebe es die EBA seit 2011, davor sei sie ein Level-3-Committee mit der Bezeichnung CEBS gewesen. In Folge der Finanzkrise von 2007/2008 habe der damalige Kommissionspräsident José Manuel Barroso um die Erarbeitung von Empfehlungen für die Zukunft gebeten. Im Ergebnis sei man dann zu drei Erkenntnissen gelangt: Zum einen sei die Aufsichtslandschaft noch ungenügend gewesen und man müsse die Bürger in Zukunft besser schützen sowie das Vertrauen zwischen den Akteuren ausbauen. Ferner müsse man mehr auf die Einzelinstitute eingehen. Und drittens sollten die Level-3-Committees zu Behörden weiterentwickelt werden.

Im Rahmen eines weiteren Gesprächstermins am 18. Juni 2024 wurde die Delegation des Finanzausschusses durch den Gesandten der Deutschen Botschaft in Paris, Herrn Dr. Martin Schäfer, begrüßt und über die aktuelle politische Lage in Frankreich, die bestehenden Mehrheitsverhältnisse sowie denkbare Szenarien des Ausgangs der Neuwahlen und die deutsch-französischen Beziehungen informiert.

Am Mittwoch, den 19. Juni 2024, begann die Delegation des Finanzausschusses ihr Programm mit einem Gespräch mit Vertretern der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). In diesem Rahmen wurden die Ausschussmitglieder unter anderem darüber informiert, dass die Idee der Tätigkeit der OECD darin bestehe, dass eine bessere Politik für ein besseres Leben sorgen müsse. Zwar habe die OECD nur 38 Mitgliedsländer, jedoch arbeite sie mit etwa 100 Ländern weltweit zusammen. Insoweit würden jährlich bis zu 4.000 Konferenzen stattfinden. Auch sei das globale Parlamentarische Netzwerk sehr breit aufgestellt. Das globale Ziel bestehe darin, für die Zusammenarbeit so viele Daten der öffentlichen Verwaltungen wie möglich zu erheben und zu analysieren. Letztlich solle es eine Zusammenarbeit der Länder im Sinne einer



Der Finanzausschuss beim Gesandten der Deutschen Botschaft in Paris.

gemeinsamen Wirtschaftspolitik sein. Am Ende gebe die OECD Empfehlungen ab, die im Idealfall auch implementiert würden. Insoweit müsse man aber bedenken, dass die OECD zwar Empfehlungen aussprechen könne, die Länder aber keine Verpflichtung hätten, diese auch umzusetzen. Letztlich könne man aber aus Sicht der OECD positiv feststellen, dass trotz des nur empfehlenden Charakters, die angeregten Standards sehr oft umgesetzt würden.

In einem weiteren Gespräch im Rahmen des Besuchs bei der OECD wurden die Ausschussmitglieder über die Arbeit des International Transport Forums (ITF) informiert. Das ITF sei politisch autonom und seit 2006 global und nicht mehr nur europäisch aufgestellt, was auch die Bezeichnung ITF verdeutliche. Man habe insgesamt 69 Mitglieder aus fünf Nationen. Es gebe zudem Untersuchungszentren für Transporte in den einzelnen Ländern. In diesem Bereich würden ökonomische Annahmen, das mögliche Wachstum, aber auch Fragen der Mobilität und der Umwelt untersucht. Gerade für den Bereich „Verkehr und Mobilität“ sei zudem die Dekarbonisierung von besonderer Bedeutung. Jedes Jahr finde die weltweit größte Sitzung von Verkehrsministern – mithin der Summit – einmal statt, und zwar seit 2008 durchweg in Leipzig.

Am Donnerstag, den 20. Juni 2024, fand zunächst ein Gesprächstermin bei der Weltorganisation für Tiergesundheit (WOAH) statt. Bei diesem Termin wurde

den Ausschussmitgliedern unter anderem erläutert, dass die WOAH 83 Mitglieder habe, von denen Deutschland ein aktives Mitglied sei. Die WOAH sei für die Tiergesundheit zuständig und dies weltweit, da Viren, Bakterien und Krankheiten keine Grenzen kennen würden. Die Arbeit der WOAH sei aus der damaligen Rinderpest BSE entstanden, um künftig eine bessere Kontrolle und schnellere Information gewährleisten zu können. Des Weiteren wurde erläutert, dass man bisher 120 Krankheiten aufgenommen und untersucht habe. In diesem Zusammenhang wurde auch nachdrücklich darum geworben, dass jedes Land eigene Auffälligkeiten oder Feststellungen melden sollte, da aus diesen gesammelten und bewerteten Daten dann am Ende die wichtigen Informationen für alle gezogen würden. Auch müsse man die Informationen immer wieder an die neue Entwicklung anpassen, wie es beispielsweise auch bei COVID der Fall gewesen sei.

In Bezug auf die Afrikanische Schweinepest könne man zudem feststellen, dass die entsprechenden Kontrollsysteme gut arbeiten würden. Dies sei aber auch wichtig, da es für die Afrikanische Schweinepest nach wie vor keinen Impfstoff gebe, was ein Problem sei.

Im letzten Tagesordnungspunkt der Informationsreise des Finanzausschusses fand eine Führung durch das Gebäude der UNESCO statt. Im Rahmen dieser Führung wurden die Delegationsteilnehmer unter anderem darüber informiert, dass die UNESCO 195 Mitglieder habe



Der Finanzausschuss bei der OECD



Gruppenbild mit Vertretern der WOAH



Finanzausschuss im Gespräch mit Vertretern der WOAH

und direkt nach den Vereinten Nationen (UN) nach dem Ende des 2. Weltkriegs gegründet worden sei.

Bei der UNESCO würden insgesamt sechs Sprachen – mithin Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch, Chinesisch und Arabisch – gesprochen.

Entscheidend für die Arbeit sei insbesondere der Artikel 7 der Charta der UN, wonach man immer erst verhandeln und nicht gleich angreifen solle.

Die UNESCO sei zudem die einzige Institution, in der nahezu alle Staaten vertreten seien. Seit Ende der 1960er Jahre seien zudem auch NGOs vertreten, die einen entsprechenden Input geben würden. Zwar hätten diese kein Antragsrecht, jedoch könnten sie Inhalte zuarbeiten und würden gelegentlich auch ein Rederecht erhalten. Es gebe auch eine Liste mit allen offiziell anerkannten NGOs.

Weiterhin wurden die Ausschussmitglieder über das sogenannte „Konsensprinzip“ informiert, demzufolge jedes Land eine Stimme habe, es aber kein Veto-Recht gebe. Es werde daher immer so lange verhandelt, bis ein Kompromiss gefunden sei.

Agrarausschuss auf der Greifswalder Oie

Fotos: Landtag MV



Briefing während der Überfahrt zur Greifswalder Oie

Am 3. Juli 2024 hat der Agrarausschuss eine Exkursion nach Vorpommern durchgeführt, um sich am Beispiel der Fischereigenossenschaft „Peenemünde“ Freest e.G. über die Situation der Küstenfischerei im Land und über den Zustand der Insel Greifswalder Oie zu informieren.

Am Nachmittag hat der Ausschuss die Biologische Schutzstation des Vereins Jordsand auf der Greifswalder Oie besucht. Im Fokus standen die Aufgaben des Vereins, der Vertragsnaturschutz und die spezifischen Schutzziele besonders geschützter Arten.

Eingangs informierte der Geschäftsführer der Fischereigenossenschaft über die historische Entwicklung und Unterschiede der Kleinen Hochsee-, Kutter- und Küstenfischerei, verwendete Fanggeräte sowie die genutzten Hauptfischarten (Hering, Dorsch, Flunder, Zander, Hecht und Aal).

Fangmengenbeschränkungen und Vermarktungsprobleme hätten dazu geführt, dass viele Fischer ihren Beruf aus wirtschaftlichen Gründen aufgeben hätten. 2022 seien nur noch 586 Fischerfahrzeuge in der Haupt- und Nebener-

werbsfischerei vorhanden gewesen, wobei circa 1/3 der Fahrzeuge unter 8 Metern Länge gelegen habe. Seit der politischen Wende 1990 habe sich die Zahl der Haupt- und Nebenerwerbsfischer von rund 1.400 auf ca. 375 reduziert.

Die landesweiten Fänge seien durch Quoten, Verluste von Fanggebieten durch anderweitige Flächennutzungen (z. B. Offshore, Schutzflächen) und weniger Fisch insgesamt auf 3.370 t (2021) zurückgegangen. 2020 habe der Vermarktungserlös bei nur noch 4,7 Mio. Euro gelegen. Insofern hätten sich Fischer in einem sehr schwierigen Marktumfeld neu zu orientieren.

Kritisiert wurden auch die Auflagen der Europäischen Kommission für die Fischerei, die für Deutschland strenger als für Polen und die baltischen Staaten ausgefallen seien. Große Probleme bereiteten auch Kegelrobben und Kormorane als so genannte Fischräuber. Weitere Einschränkungen der Fischerei beruhten auf marinen Bautätigkeiten, dem Wassertourismus, der zunehmenden Fischwilderei und dem Diebstahl von Fanggeräten. Im Ergebnis wurde konstatiert, dass der Beruf des Fischers zwar grundsätzlich schön sei, aber aufgrund des bürokrati-

schen Aufwandes sowie der unzureichenden Erwerbsmöglichkeiten inzwischen unattraktiv geworden sei. Daher bleibe der Nachwuchs aus.

Nach einer ruhigen Seefahrt wurden die Ausschussmitglieder am Nachmittag von der Leiterin der Biologischen Schutzstation auf der Greifswalder Oie begrüßt. Bereits während der Überfahrt illustrierte der 2. Vorsitzende des Vereins Jordsand die Aufgaben und Probleme vor Ort. Die Greifswalder Oie sei eine 54 ha kleine Insel, die in der Pommerschen Bucht liege. Sie habe eine Länge von 1,5 km und sei zwischen 370 und 570 m breit. Die höchste Erhebung liege mit 17 m am Kliff auf der Ostseite der Insel.

Die gesamte Insel sowie die umliegenden Flachwasserbereiche stünden unter Naturschutz. Aus Schutzgründen bestehe – mit Ausnahme des beschränkten Tagesverkehrs – ein grundsätzliches Betretungsverbot. Die Insel bestehe aus Waldbereichen, halboffenen Flächen, einem aktiven Kliff, einer Brackwasserlagune mit ausgedehnten Schilfbereichen sowie einem Strandabschnitt. Entsprechend dieser Lebensraumvielfalt beherberge die Insel eine große Anzahl von Tier- und Pflanzenarten.

Zudem sei die Insel aufgrund ihrer Lage ein wichtiges Rastgebiet für Zugvögel. Daher betreibe der Verein in enger Zusammenarbeit mit der Beringungszentrale Hiddensee Deutschlands fangstärkste Vogelberingungsstation. Jährlich würden ca. 25.000 (vorrangig Sing-)Vögel mit speziellen Netzen gefangen, vermessen, beringt und wieder freigelassen. Zusätzlich fänden Beobachtungen des Vogelzuges, wöchentliche Wasservogelzählungen und weitere Monitoringprogramme statt, wie beispielsweise regelmäßige Kegelrobbezählungen.

Zusätzlich betreue der Verein den Nothafen der Insel, biete Vorträge und Führungen für Besucher an und pflege eine Herde Rauwolliger Pommerscher Landschaft, die zur Biotoppflege der Weideflächen auf der Insel gehalten würden. Sämtliche Aufgaben würden durch eine hauptamtliche Stationsleitung sowie ca. 50 freiwillige Helfer pro Jahr erfüllt. Probleme bereiten der bauliche und technische Zustand sowie die Ausstattung der Liegenschaft, die sich in Landesbesitz befindet.

33. Ostseeparlamentarierkonferenz in Dänemark

Verteidigung, Energiesicherheit und Klimawandel im Fokus



Foto: Landtag MV

Delegation des Landtages für die 33. BSPC, v.l.n.r.: Jens-Holger Schneider, Beate Schlupp, Katy Hoffmeister, Sabine Enseleit, Constanze Oehrich

Vom 25. bis zum 27. August 2024 nahm die Landtagsdelegation an der 33. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) in Helsingør, Dänemark teil. Unter der Leitung der Ersten Vizepräsidentin Beate Schlupp vertraten die Abgeordneten Jens-Holger Schneider (AfD), Katy Hoffmeister (CDU), Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Sabine Enseleit (CDU) den Landtag Mecklenburg-Vorpommern auf der BSPC-Jahreskonferenz.

Hier hatten sich rund 160 Mitglieder nationaler und regionaler Parlamente sowie Staats- und Landesregierungen, Sachverständige und Vertreterinnen und Vertreter der Jugend aus dem gesamten Ostseeraum versammelt. Der Landtag trägt seit Jahren eine Reihe von Sondermandaten für die Ostseeparlamentarierkonferenz.

Im Mittelpunkt der Konferenz stand die Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution mit Forderungen und Empfehlungen an die nationalen und regionalen

Regierungen und internationale Organisationen in der Ostseeregion. Die Resolution spiegelte einen Konsens der Ostseeabgeordneten in Schlüsselbereichen der gemeinsamen Verteidigung und maritimen Sicherheit, der Energieversorgungssicherheit und der Eindämmung des Klimawandels wider. In den zwei Tagen vor der Verabschiedung der Entschließung wurden diese Themen intensiv behandelt und in aufschlussreichen Gesprächen vertieft.

Am ersten Konferenztag wurden die Delegierten von König Frederik X von Dänemark im historischen Schloss Kronborg empfangen. König Frederik X hob die Bedeutung der Ostseekooperation für Dänemark und die gesamte Region hervor und betonte die Notwendigkeit von gemeinsamen und kollektiven Handlungen und Maßnahmen, um die vielfältigen Krisen unserer Zeit zu bewältigen. In diesem Zusammenhang würdigte er die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz, die seit mehr als drei Dekaden als wichtiges Forum für regionale parlamentarische Kommunikation und Annäherung von politischen Positionen im Ostseeraum diene.

Verteidigungspolitische Zusammenarbeit

Angesichts steigender hybrider Bedrohungen bedürfe es einer besseren Koordinierung in Verteidigungsfragen zwischen den Ostseestaaten, innerhalb der EU und zwischen der EU und NATO. Darin waren sich die Konferenzteilnehmenden einig. So rief Herr Pekka Haavisto, ehemaliger finnischer Außenminister, zur Harmonisierung und Standardisierung in Verteidigungsangelegenheiten auf. Gleichwohl müssten die Entscheidungsträgerinnen und -träger die gesellschaftliche Bereitschaft beachten, erhöhte Militärausgaben zu akzeptieren. Eine offene und sachliche Debatte über die notwendigen Kürzungen in anderen Bereichen sei unumgänglich.

Europa müsse sich auf einen dauerhaften Krieg und die damit verbundenen Kosten einstellen, betonte auch der polnische Abgeordnete Herr Jarosław Wałęsa. Hinzu käme die Intensivierung von Sabotageakten, hybriden Bedrohungen und die Instrumentalisierung von Migrationsbewegungen seitens Russlands, das darauf abziele, die gesamte Region zu destabilisieren. Die NATO sei ein

wertebasiertes Militärbündnis und solle gemeinsame Lösungen auf Basis eben dieser Werte der Demokratie und der Achtung des Völkerrechts finden. Die Souveränität der Ukraine sei eine Voraussetzung für Frieden, denn die Ukraine kämpfe für ganz Europa, unterstrich Herr Wałęsa.

Auch Herr Flemming Splidsboel vom Dänischen Institut für Internationale Studien (Danish Institute for International Studies, DIIS) befürchtete einen lang andauernden Abnutzungskrieg. Er sei zu einem *raison d'être* für Russland geworden, das die Schwächen des Westens sowohl im physischen, als auch kognitiven Bereich sowie im Cyberspace ausnutze. Die EU habe mehrere effektive Standards gegen nicht im engeren Sinne militärische Bedrohungen und Angriffe aufgestellt, während die NATO über wirksame Mechanismen zur Abwehr von Angriffen im militärischen Bereich verfüge. Es brauche jedoch mehr Koordinierung und Zusammenarbeit.



Erste Vizepräsidentin Beate Schlupp (rechts) im Gespräch mit König Frederik X. von Dänemark (2. von links)

Foto: Folketinget

legt worden. Gegenwärtig gewinne dieser Aspekt wieder an Bedeutung. Die sektorale Verantwortung solle überarbeitet werden, um Verantwortungsdiffusion zu verhindern. Dafür brauche es neue gesellschaftliche und supranationale Strukturen.

Auf die Nachfrage seitens des Landtagsabgeordneten Jens-Holger Schneider, über die Nutzung von EU-Häfen durch russische LNG-Schiffe unterstrich Herr Bohlin, dass die kritische Abhängigkeit von Russland verringert werden solle, nicht nur im Energiesektor, sondern auch im Bereich der Düngemittel. Ähnlich merkte Herr Rasmus Dahlberg an, dass es immer Akteure gebe, die versuchten, Schlupflöcher zu nutzen. Doch es sei nicht zielführend, eine Abhängigkeit durch eine andere zu ersetzen.

In der aktuellen unsicheren und krisenhaften Zeit sei die Einbeziehung und das Engagement der gesamten Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Klare und offene politische Kommunikation und verlässliche Institutionen und Foren für den Umgang mit Desinformation seien zentral für die Förderung gesellschaftlicher Akzeptanz und Verantwortung, so Herr Bohlin.

Maritime Sicherheit in der Ostsee

Der stellvertretende dänische Ministerpräsident und Verteidigungsminister, Herr Troels Lund Poulsen, erinnerte da-

ran, dass Dänemark eine besondere Verantwortung für die maritime Sicherheit in der Ostseeregion trage. Dänemark habe erhebliche Investitionen, beispielsweise in eine mobile Brigade und U-Boot-Fähigkeiten beschlossen und seine Unterstützung für die Ukraine erweitert. In den kommenden Jahren brauche es einen langfristigen Plan und eine offene und direkte Diskussion mit Wählerinnen und Wählern darüber, was zusätzliche russische Landgewinne in der Ukraine für die gesamte Region bedeuten würden. Zudem sollten künftige Investitionen effektiv und effizient betätigt werden.

Darauf aufbauend bekräftigte der dänische Außenminister, Herr Lars Løkke Rasmussen, dass wirksame Verteidigung starke Bündnisse erfordere. Hybride Bedrohungen zielten darauf ab, die Autorität und das Vertrauen in demokratische Institutionen zu untergraben und damit die Gesellschaften zu destabilisieren. In diesem Zusammenhang erwähnte Herr Rasmussen die Gefahren und Risiken, die von der „Schattenflotte“ Russlands ausgehen würden, und betonte die Notwendigkeit von umsetzbaren und rechtssicheren gemeinsamen Maßnahmen. Der beste Weg, einen Krieg in Zukunft zu verhindern, sei Abschreckung und Einigkeit.

Klimawandel und Klimainitiativen

Mit Blick auf die wachsenden Herausforderungen des Klimawandels hatte die 29. Ostseeparlamentarierkonferenz im Jahr 2020 eine Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität eingesetzt. Unter der Leitung des Landtagsabgeordneten Herrn Philipp da Cunha, hat die Arbeitsgruppe der letztjährigen BSPC-Jahreskonferenz eine umfangreiche Liste von Forderungen und Empfehlungen zur Eindämmung des Klimawandels und zum Schutz der Artenvielfalt vorgelegt. Daher adressierte auch die diesjährige 33. Ostseeparlamentarierkonferenz einschlägige internationale Initiativen zur Umsetzung von Klimamaßnahmen.

So stellte Frau Eva Jensen von der Europäischen Umweltagentur die Ergebnisse der Europäischen Klimarisikoanalyse (European Climate Risk Assessment, EUCRA) vor. Laut dem EUCRA-Bericht erwärme

Versorgungssicherheit und Zivilschutz

Die Gewährleistung der regionalen Sicherheit schließe auch die Versorgungssicherheit mit ein. Herr Carl-Oskar Bohlin, schwedischer Minister für Zivilschutz, sprach in diesem Zusammenhang vom schwedischen gesamtgesellschaftlichen Ansatz. Aus dem Krieg Russlands gegen die Ukraine habe Schweden drei Lehren gezogen: Abhängigkeiten von Staaten, die demokratische Werte nicht teilen, sollten vermieden werden; die Sicherheit kritischer Infrastruktur müsse gewährleistet werden; frühzeitige Bevorratung und Redundanzen in Energiesystemen könnten im Krisenfall von entscheidender Bedeutung sein.

Herr Rasmus Dahlberg von der Königlich-Dänischen Verteidigungsakademie (Royal Danish Defense College) stellte fest, dass Krisen offenbar zum Normalzustand geworden seien. Daher sollte die Denkweise in Bezug auf Krisen an die aktuellen Entwicklungen angepasst werden. Bei der Entstehung der NATO sei ein starker Fokus auf die Stärkung der eigenen und der gemeinsamen Widerstandskraft (Artikel 3 des NATO-Vertrages) ge-



Delegation des Landtages im Schloss Kronborg
(v.l.n.r.: Constanze Oehrich, Sabine Enseleit, Katy Hoffmeister, Beate Schlupp, Jens-Holger Schndneider)

sich Europa doppelt so schnell wie der Rest der Welt und sei auf die Folgen des Klimawandels nicht vorbereitet. Im Jahr 2022 beliefen die mit der Zunahme von Extremwetterereignissen verbundenen Kosten in Europa auf 52 Billionen Euro. Das Europäische Klimagesetz und das „Fit for 55“-Paket der EU würden Ziele zur Erreichung von Klimaneutralität bis 2050 sowie die dafür erforderlichen Maßnahmen definieren. Die Mitgliedsstaaten seien für die Implementierung zuständig und müssten in den kommenden sechs Jahren entscheidende Schritte unternehmen. Dabei seien Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit ebenfalls wichtige Themen, die jedoch direkt mit Initiativen zur Gewährleistung von Klimaneutralität verbunden seien.

Um den Prozess wissenschaftlich zu begleiten und zu unterstützen, sei der unabhängige Klimabeirat der EU (European Scientific Advisory Board on Climate Change, ESABCC) etabliert worden.

Frau Prof. Jette Bredahl Jacobsen, Vize-Vorsitzende des Klimabeirats, präsentierte die zentralen Ergebnisse ihrer Arbeit, die unter dem Gesichtspunkt der Evaluierung von Umsetzbarkeit und Fairness von entsprechenden Klimamaßnahmen ausgeführt worden sei. Der Beirat sei zum Schluss gekommen, dass die EU-Klimaziele bis zu 95 Prozent bis 2040 erreicht werden könnten – dafür sei ein hohes Maß an Ambitionen in den Mitgliedsstaaten die Mindestanforderung. Das bisherige Tempo der Kohlenstoffreduzierung solle bis zum Jahr 2030 verdoppelt und

ab 2040 weiter beschleunigt werden.

Die Ostsee stelle bereits jetzt ein kollabiertes Ökosystem dar und benötige dringende Maßnahmen für die Wiederherstellung seiner Funktionen, so Herr Prof. Stiig Markager von der Universität Aarhus. Grund dafür sei die Eutrophierung, die durch den übermäßigen Eintrag von Nährstoffen verursacht werde. Erst bei einer fünfzigprozentigen Stickstoffeintragsreduzierung könnte sich das Ökosystem der Ostsee in einhundert Jahren wiederherstellen. Daher sprach Herr Prof. Markager vier Empfehlungen zur Erreichung eines gesunden Zustandes der Ostsee aus: erstens sollten die Stickstoffeinträge um mindestens fünfzig Prozent reduziert werden, zweitens bräuchte es die Installation besserer Abwasserbehandlungsanlagen, drittens sollte der Einsatz fossiler Brennstoffe beendet werden, während viertens die größten Umweltbelastungen auf das Ostsee-Ökosystem verringert werden sollten.

Empfehlungen des Jugendforums

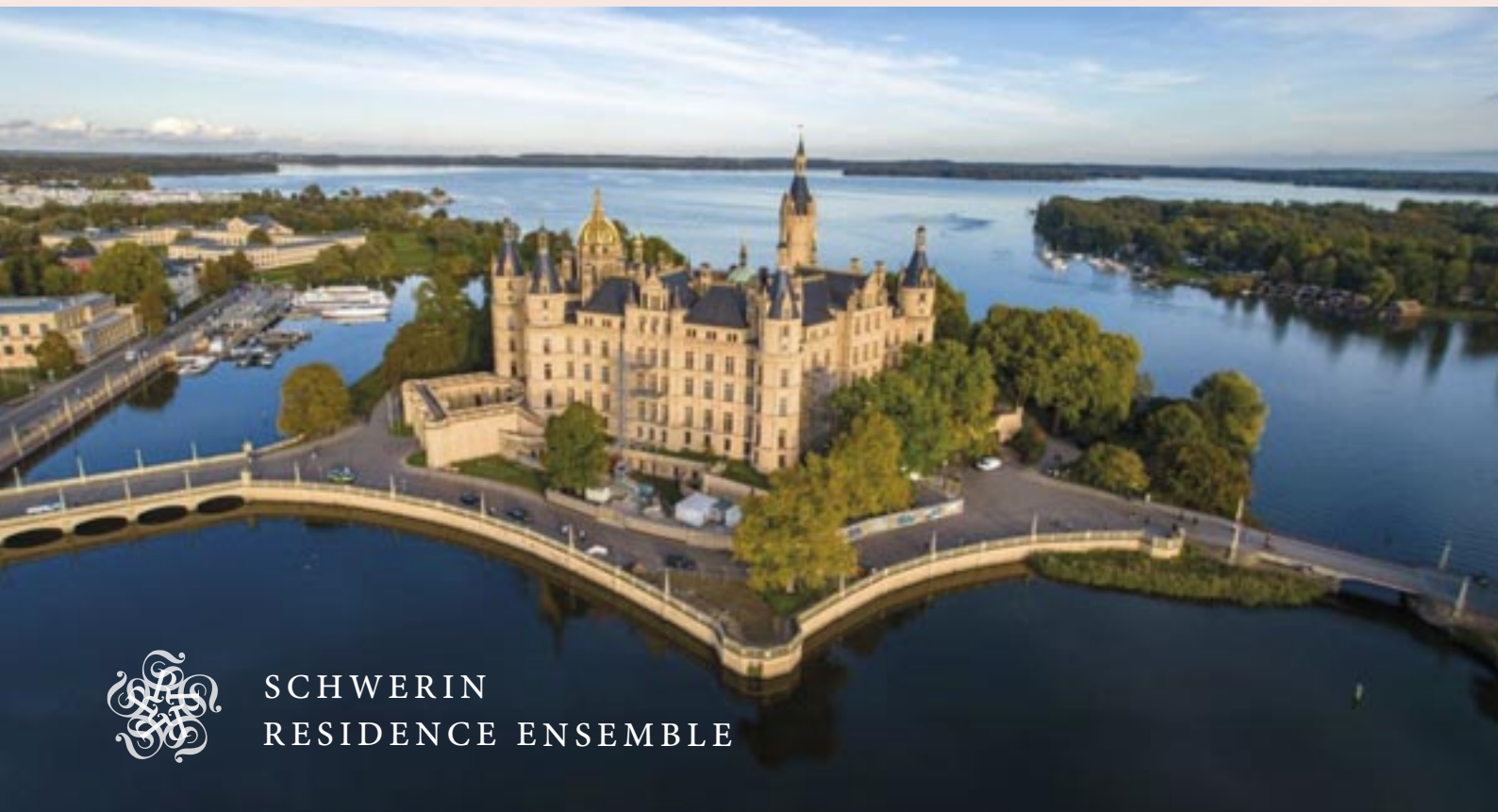
Auch in diesem Jahr fand im Vorfeld der Jahreskonferenz das Ostseejugendforum (Baltic Sea Parliamentary Youth Forum, BSPYF) statt, das fünfundzwanzig Jugendliche und junge Erwachsene aus BSPC-Mitgliedsstaaten und -regionen versammelte. Durchgeführt in Kooperation mit dem Ostseerat (Council of the Baltic Sea States, CBSS) und der dani-

schen Delegation für die BSPC zielte das Jugendforum darauf ab, Empfehlungen für die Resolution der kommenden BSPC vorzubereiten. Frau Nagham Wajdi Jaghoub aus Norwegen sowie Frau Justina Jemeljanovaitė und Frau Sarah Vestergaard aus Dänemark stellten insgesamt sechs Vorschläge des Jugendforums in drei Bereichen vor: zur Stärkung der gemeinsamen Energiesicherheit, zur Förderung von Energienachhaltigkeit und zur Verbesserung der Jugendbeteiligung an der Energiepolitik. Die Mitglieder des Jugendforums haben sich auch während der Jahreskonferenz aktiv in die Debatten mit Politikerinnen und Politikern sowie Sachverständigen eingebracht und ihr Input zu den Sitzungsschwerpunkten gegeben.

Die Resolution der 33. Ostseeparlamentarierkonferenz und Ausblick

Die 33. Jahreskonferenz der BSPC mündete in die einstimmige Annahme einer gemeinsamen Resolution. Die Konferenzentschließung beinhaltet achtundvierzig Vorschläge und Forderungen an die Ostseeregierungen zur Stärkung der Zusammenarbeit im Ostseeraum, zur Verbesserung der Sicherheit und Unabhängigkeit von Energieversorgung, zur Aufwertung der gemeinsamen Verteidigung und zur Eindämmung des Klimawandels. Traditionsgemäß wird angestrebt, über die Beschlüsse der BSPC-Jahreskonferenz auf Grundlage eines interfraktionellen Antrags im Plenum des Landtages abzustimmen.

Die 34. Ostseeparlamentarierkonferenz wird durch das Parlament von Åland vom 24. bis 26. August 2025 in Mariehamn ausgerichtet.



SCHWERIN RESIDENCE ENSEMBLE

Das Schweriner Schloss steht im Zentrum des Residence Ensembles.

Schwerin ist Welterbe!

UNESCO-Welterbe: Schwerin in einer Liga mit den Pyramiden und der Chinesischen Mauer

■ „Angenommen“ – mit diesem Votum sorgten die Mitglieder des Welterbe-Komitees bei ihrer Tagung in Neu-Delhi (Indien) für riesigen Jubel im 6000 Kilometer entfernten Schwerin. Im Plenarsaal des Schweriner Schlosses verfolgten am 27. Juli 2024 zahlreiche Schwerinerinnen und Schweriner die Live-Übertragung aus Indien. Vor Ort nutzten sie die Chance, das Museum und die Räumlichkeiten des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern als Teil des Welterbes direkt zu besichtigen. Das Schloss ist nicht nur schön, es ist von herausragender kulturhistorischer Bedeutung. Gemeinsam mit den in der Stadt verteilten Bauten des Residenzensembles zeigt das Schloss, wie ein großherzoglicher Hof im 19. Jahrhundert funktionierte. „Wir sind jetzt auf Augenhöhe mit der Chinesischen Mauer“,

betonte Landtagspräsidentin Birgit Hesse die Bedeutung des UNESCO-Welterbetitels und bedankte sich gleichzeitig bei den vielen Menschen in Schwerin, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben.

Das Schweriner Residenzenensemble ist die 54. Welterbestätte in Deutschland. Neben dem Schweriner Schloss zählen dazu mehr als 30 Einzelgebäude in der Stadt, die in einer Beziehung zur Residenz, dem Sitz des Großherzogs, stehen. Dazu gehören Kirchen wie Dom, Paulskirche und Schelfkirche, der Bahnhof mit dem Fürstenzimmer, Militärbauten wie das Arsenal und die alte Artilleriekaserne, Verwaltungsgebäude und Beamtenwohnhäuser. Kurz: Alles, was für das Funktionieren einer Residenz des 19.

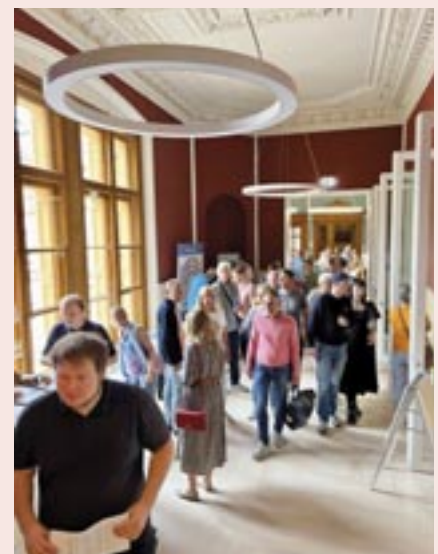


Foto: Landtag MV

Die UNESCO-Entscheidung konnte im Plenarsaal per Livestream unmittelbar verfolgt werden.

Jahrhunderts an Infrastruktur nötig war. Großherzog Friedrich Franz II. hatte in der Mitte des 19. Jahrhunderts das in die Jahre gekommene Schweriner Schloss zu einer repräsentativen Residenz ausbauen lassen. Ganz im Stil des im 19. Jahrhundert angesagten Baustils des Historismus. Dieser unterstreicht mit seinen architektonischen Anspielungen auf vergangene Epochen die Tradition des mecklenbur-



Fotos: Landtag MV

Landtagsdirektor Armin Tebben erläuterte den jahrelangen Bewerbungsprozess Schwerins.

gischen Fürstenhauses, das zu den ältesten Dynastien Europas gehört und sich auf den Slawenstamm der Obotriten bezieht. Mit dem Platz auf der Welterbeliste gehört das Ensemble jetzt zu den weltweit 1223 Stätten in 168 Ländern, denen von der UNESCO ein außergewöhnlich hoher Wert zugeschrieben wird. Auf der Liste stehen Monumente wie die Pyramiden von Gizeh, die Oper von Sydney, die Akropolis von Athen und Venedig mit seiner Lagune – und nun auch das Schweriner Residenzenensemble rund um das Schloss.

Vor 24 Jahren hatte der Verein „Pro Schwerin“ den Grundstein für die Idee der Schweriner Welterbebewerbung gelegt. 2014 wurde das Schweriner Residenzenensemble auf die deutsche Tentativliste gesetzt. Ein Jahr später hat der „Welterbe-Förderverein“ seine Arbeit aufgenommen, um den Bewerbungsprozess zu unterstützen. Mit der Entscheidung für Schwerin hat Mecklenburg-Vorpommern jetzt eine dritte Welterbestätte – nach den Altstädten von Wismar und Stralsund und dem Weltnaturerbe der alten Buchenwälder.



v.l.n.r.: Andreas Bluhm (Vizepräsident a.D.), Teresa Beck-Babajanyan (Moderatorin & Schlossführerin), Hinrich Kuessner (Landtagspräsident a.D.), Renate Holznagel (Vizepräsidentin a.D.)



Mitglieder des Schlossvereins brachten historisches Flair in den Plenarsaal.

Welterbe-Quiz

Gewinnen Sie das exklusive Welterbe-Shirt des Landtages



RESIDENZENSEMBLE
SCHWERIN

■ Tragen Sie den Buchstaben der richtigen Antwort in das entsprechende Feld unten auf der Seite ein und senden Sie die Karte mit dem Lösungswort an den Landtag. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 50 Welterbe-Shirts des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern.

1. Wie viele UNESCO-Weltkulturerbestätten gibt es in Deutschland?

- a 62
s 54
e 32

2. Welches Bauwerk in Schwerin gehört NICHT zum Residenzenensemble?

- b Schweriner Schloss
f Arsenal
c Schweriner Zoo

3. Wie hoch ist der Schweriner Dom?

- d) 100,5 m
h) 117,5 m
g) 135,5 m



50 Welterbe-Shirts werden unter den Gewinnern verlost.
Fotos: Landtag MV

4. Welcher See gehört zum Schweriner Residenzenensemble?

- a Schweriner See
w Pfaffenteich
j Burgsee

5. Welche weiteren Städte in Mecklenburg-Vorpommern gehören ebenfalls zum UNESCO-Weltkulturerbe?

- n Neubrandenburg und Neustrelitz
e Wismar und Stralsund
k Greifswald und Anklam

6. Welcher Hofbaumeister prägte überwiegend das Residenzenensemble?

- r Georg Adolph Demmler
k Heinrich Schickhardt
l Matthäus Daniel Pöppelmann

7. Wann erhielt Schwerin das Stadtrecht?

- i Im 12. Jahrhundert
e Im 14. Jahrhundert
o Im 16. Jahrhundert

8. Wen zeigt das Reiterstandbild über dem Hauptportal des Schweriner Schlosses?

- n Niklot
r Barbarossa
m Heinrich den Löwen

Bitte senden Sie das Lösungswort per Postkarte an den Landtag MV. Einfach die Karte ausschneiden, frankieren und ab geht die Post.

Einsendeschluss: 30.11.2024

An den Landtag MV
Öffentlichkeitsarbeit
Lennéstraße 1 / Schloss
19053 Schwerin

Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt.

*Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
Die Adressen werden nach der Verlosung nicht gespeichert oder an Dritte weitergegeben.*



Bitte nicht vergessen:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Stadt

Telefon oder eMail

Bitte kreuzen Sie ihre Konfektionsgröße an:



1	2	3	4	5	6	7	8

Einsendeschluss: 30. 11. 2024

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 50 Welterbe-Shirts des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern.

Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Adressen werden nach der Verlosung nicht gespeichert oder an Dritte weitergegeben.

Foto: Uwe Sinnecker

SCHLOSS SCHWERIN | SITZ DES LANDTAGES MECKLENBURG-VORPOMMERN

Bitte
ausreichend
frankieren

Landtag MV

Öffentlichkeitsarbeit

Lennéstraße 1 / Schloss

19053 Schwerin

Welterbe-Quiz



Die Figur des Erzengels Michael ist auf die Schlosskuppel zurückgekehrt! Seit Februar wurde die vergoldete Zinkgussplastik nach über 30 Jahren restauriert. In einer Berliner Werkstatt, die auf Metallrestaurierung spezialisiert ist, wurden unter anderem Schäden und Risse repariert, der Korrosionsschutz vollständig erneuert und die neue

Vergoldung mit feinstem Blattgold aufgetragen. So konnte der Erzengel als Wahrzeichen des Schweriner Schlosses pünktlich zu den Feierlichkeiten am Tag der Deutschen Einheit wieder auf dem Schlossdach erstrahlen.



LANDTAG
Mecklenburg-Vorpommern



SCHWERIN
RESIDENCE ENSEMBLE

**Schwerin ist
UNESCO-Welterbe!**